

Vorab-Hinweis

Die vorliegende PDF-Datei haben wir auf Wunsch unseres Mandanten erstellt.

Wir weisen darauf hin, dass maßgeblich für unsere Berichterstattung über die Jahresabschlussprüfung ausschließlich unser Prüfungsbericht in der unterzeichneten Originalfassung ist.

Da nur der gebundene und von uns unterzeichnete Bericht das berufsrechtlich verbindliche Ergebnis unserer Prüfung darstellt, können wir für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit der Ihnen als PDF-Datei überlassenen Berichtsversion keine Haftung übernehmen.

Hinsichtlich der Weitergabe an Dritte weisen wir darauf hin, dass sich unsere Verantwortlichkeit – auch gegenüber Dritten – allein nach den Auftragsbedingungen im Bericht (Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 01. Januar 2017) richtet.



Prüfungsbericht

**Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023
und Lagebericht**

**BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH
Bad Lausick**

Digitales Exemplar

Inhaltsverzeichnis

A. Prüfungsauftrag	1
B. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks	2
C. Grundsätzliche Feststellungen	5
I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter	5
II. Wichtige Veränderungen der rechtlichen Verhältnisse	6
D. Erläuterungen zum Jahresabschluss	7
I. Ertragslage	7
II. Vermögenslage	10
III. Finanzlage	14
E. Durchführung der Prüfung	15
I. Gegenstand der Prüfung	15
II. Art und Umfang der Prüfungsdurchführung	15
III. Unabhängigkeit	17
F. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung	18
I. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	18
II. Jahresabschluss	18
III. Lagebericht	18
G. Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	19
I. Wesentliche Bewertungsgrundlagen	19
II. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen	19
III. Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	19
H. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG	20
I. Schlussbemerkung	21

Anlagenverzeichnis

I.	Bilanz zum 31. Dezember 2023	
II.	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023	
III.	Anhang zum Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023	Bl. 1-12
III.a	Anlagespiegel zum 31. Dezember 2023	
IV.	Lagebericht 2023	Bl. 1-6
V.	Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers	Bl. 1-3
VI.	Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz	Bl. 1-14
VII.	Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse	Bl. 1-4
VIII.	Allgemeine Auftragsbedingungen	

Abkürzungsverzeichnis

BBK	BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH, Bad Lausick
BHKW	Blockheizkraftwerk
BilRUG	Bilanzrichtlinienumsetzungsgesetz
BTR	Bad Lausicker Thermenresort GmbH, Bad Lausick
EBIT	Einkommen vor Zinsen und Steuern
EBITDA	Einkommen vor Zinsen, Steuern und Abschreibungen
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GWG	Geringwertige Wirtschaftsgüter
HGB	Handelsgesetzbuch
HGrG	Haushaltsgrundsätzegesetz
IDW	Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V.
IDW PS 450	Prüfungsstandard PS 450 des Instituts der Wirtschaftsprüfer betreffend die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen
KUG	Kurzarbeitergeld
PS	Prüfungsstandard
RIFF	Kur- und Freizeitbad der BBK in Bad Lausick, Am Riff 3
Vj.	Im Vorjahr

A. Prüfungsauftrag

Der Aufsichtsrat der

BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH, Bad Lausick,

im Folgenden auch kurz „BBK“ oder „Gesellschaft“ genannt

hat uns aufgrund des Beschlusses der Gesellschafterversammlung den Auftrag erteilt, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 unter Einbeziehung der Buchführung für das Geschäftsjahr 2023 und den Lagebericht für das Jahr 2023 nach den Vorschriften des § 316 ff. HGB zu prüfen sowie über das Ergebnis unserer Prüfung schriftlich Bericht zu erstatten.

Die Gesellschaft ist nach den in § 267 Abs. 2 HGB bezeichneten Größenmerkmalen als mittelgroße Kapitalgesellschaft einzustufen und daher prüfungspflichtig gemäß §§ 316 ff. HGB.

Bei unserer Prüfung waren auftragsgemäß auch die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG zu beachten.

Für diesen Auftrag gelten, auch im Verhältnis zu Dritten, die als Anlage beigefügten Allgemeinen Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017. Wir verweisen ergänzend auf die dort in Ziffer 9 enthaltenen Haftungsregelungen und auf den Haftungsausschluss gegenüber Dritten.

Der vorliegende Prüfungsbericht richtet sich an die Gesellschaft.

B. Wiedergabe des Bestätigungsvermerks

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir folgenden Bestätigungsvermerk erteilt:

„An die BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH, Bad Lausick:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH, Bad Lausick, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH, Bad Lausick, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichtes, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss im Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichtes in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern

resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichtes getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Die Website des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) enthält unter <https://www.idw.de/idw/verlautbarungen/bestaetigungsvermerk/hgb-ja-non-pie> eine weitergehende Beschreibung der Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Diese Beschreibung ist Bestandteil unseres Bestätigungsvermerks.

MSW PARTNERS GMBH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
München - Regensburg

München, den 26. Juni 2024

Markus Münch
Wirtschaftsprüfer“

C. Grundsätzliche Feststellungen

I. Stellungnahme zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter

Wirtschaftliche Lage und Geschäftsverlauf

Der Lagebericht der gesetzlichen Vertreter enthält unseres Erachtens folgende Kernaussagen zur wirtschaftlichen Lage und zum Geschäftsverlauf:

1. Das Geschäftsjahr 2023 verlief erstmals wieder ohne Corona-Einschränkungen. Die Besucherzahlen entwickelten sich daher positiv.
2. Mit einem Jahresüberschuss von T€ 777 (Vj. Jahresüberschuss von 777) konnte ein gutes Ergebnis erzielt werden.

zu 1.

Im Jahr 2023 wurde das Bad von 297.500 Gästen besucht (Vj. 259.406). Damit wurden die Zahlen vor Corona wieder erreicht. Der Jahresüberschuss des Jahres 2023 war nicht wie das Vorjahr durch positive Sondereffekte beeinflusst.

zu 2.

Das Jahresergebnis wurde im Jahr 2023 größtenteils mit dem Betrieb des RIFF erzielt. Der Jahresüberschuss des Jahres 2023 war nicht wie das Vorjahr durch positive Sondereffekte beeinflusst.

Zukünftige Entwicklung sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

1. Die finanziellen Rücklagen sollen eine Grundlage für Reparaturen, Investitionen und eine zukünftige Generalsanierung bilden. Durch die wirtschaftlichen Folgen der Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie wurden die gebildeten Ergebnissrücklagen in Mitleidenschaft gezogen.
2. Als Vorhaben für das Jahr 2023 steht der Umbau der Straße der Einheit 21 in eine neue Tourist-Information mit Verwaltungsräumen und öffentlicher Toilette an. Daneben wird der Neubau eines Kneippkurzentrums einschließlich eines Gradierwerkes neben dem RIFF geplant.
3. Die durch Ukraine-Krieg und Inflation gestiegenen Baupreise und Energiekosten können die Entwicklung der Gesellschaft erheblich beeinträchtigen.
4. Die Personalgewinnung und die Personalkosten sind ein wesentlicher Risiko- und Kostenfaktor für die Gesellschaft. Die Schließung des Bades aufgrund der Corona-Pandemie hat die Attraktivität des Unternehmens für Arbeitnehmer verschlechtert.

zu 1.

Aufgrund eines Gutachtens steht in ca. 6 bis 7 Jahren eine Generalsanierung des RIFF an, die zwar voraussichtlich teilweise gefördert wird, jedoch ebenfalls einen hohen einstelligen Millionenbetrag als Eigenanteil erfordert. Hierfür und um unerwartet auftretende Großreparaturen auffangen zu können, sind die Rücklagen der Gesellschaft gebildet worden.

zu 2.

Neben der bevorstehenden Generalsanierung des RIFF wird die Sanierung eines denkmalgeschützten Gebäudes zur neuen Touristinformation und Hauptverwaltung durchgeführt und ein neues Kneippkurgelzentrum geplant. Auch hierfür sind trotz umfangreicher Förderung höhere Eigenanteile zu erbringen. Diese Vorhaben sind ebenfalls durch die Verluste der Jahre 2020 und 2022 betroffen.

zu 3.

Aufgrund der Kostenexplosionen der letzten eineinhalb Jahre erhöhen sich auch die Preise für die genannten Bauvorhaben. Als erste Gegenmaßnahme wurde die Sanierung eines denkmalgeschützten Gebäudes zur neuen Touristinformation und Hauptverwaltung vorerst auf den ersten Bauabschnitt reduziert, zudem verzögerten sie sich durch reduzierte Verfügbarkeit von Material und Bauausführungen.

zu 4.

Die Lage am Arbeitsmarkt macht es immer schwieriger, neue gute Mitarbeiter zu finden. Die Gesellschaft versucht durch bessere Bezahlung, als bei Mitbewerbern üblich, die eigenen Mitarbeiter ans Unternehmen zu binden. Aufgrund der langen notwendigen Kurzarbeit im Bad durch die Corona-Schließungen waren jedoch auch branchenfremde Stellenangebote für die Mitarbeiter attraktiv und es kam zu Kündigungen. Nach der Wiedereröffnung konnten daher noch nicht alle offenen Stellen wiederbesetzt werden.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Lagebericht insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft gibt und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

II. Wichtige Veränderungen der rechtlichen Verhältnisse

Zu den rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerlichen Verhältnissen der Gesellschaft verweisen wir auf die Anlage VII. Wichtige Veränderungen haben sich nicht ergeben.

D. Erläuterungen zum Jahresabschluss

I. Ertragslage

Die Ertragslage wird durch nachfolgend gezeigte, unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten abgeleitete Ergebnisrechnung, dargestellt:

	Anm.	2023		2022		Veränderung
		T€	%	T€	%	T€
Gesamtleistung	(1)	6.792	100,0	5.246	100,0	1.546
Materialaufwand	(2)	1.833	27,0	1.503	28,7	330
Rohertrag		4.959	73,0	3.743	71,3	1.216
Sonstige lfd. betriebliche Erträge	(3)	87	1,3	167	3,2	-80
Rohergebnis		5.046	74,3	3.910	74,5	1.136
Personalaufwand	(4)	2.979	43,9	2.372	45,2	607
Sonstige betriebliche Aufwendungen	(5)	709	10,4	605	11,5	104
Sonstige Steuern	(6)	32	0,5	32	0,6	-
EBITDA		1.326	19,5	901	17,2	425
Abschreibungen ./.. Auflösung SoPo	(7)	110	1,6	133	2,5	-23
EBIT		1.216	17,9	768	14,6	448
Finanzergebnis	(8)	-10	-0,1	33	0,6	-43
neutrales Ergebnis	(9)	-12	-0,2	248	4,7	-260
Unternehmensergebnis		1.194	17,6	1.049	20,0	145
Ertragsteuern	(10)	417	6,1	272	5,2	145
Jahresüberschuss		777	11,4	777	14,8	-

Die wesentlichen Ableitungen sowie Veränderungen und ihre Ursachen sind nachfolgend dargestellt:

(1) Gesamtleistung

Die Gesamtleistung umfasst die Umsatzerlöse (T€ 6.766, Vj. T€ 5.246) und die Bestandsveränderungen (T€ 26, Vj. T€ 0). Die Umsatzerlöse des RIFFs haben sich nach Aufhebung der Zwangsschließungen und weiterer Corona-Beschränkungen wieder normalisiert, die Besucherzahlen stiegen von 259.406 im Jahr 2022 auf 297.500 im Jahr 2023. Daneben stiegen auch die durchschnittlichen Erlöse pro Besucher.

(2) Materialaufwand

Der Materialaufwand beinhaltet im Wesentlichen die Energie und Wasserkosten, den Wareneinsatz der Gastronomie und der Shops sowie die Hilfs- und Betriebsstoffe für das RIFF.

(3) Sonstige lfd. betriebliche Erträge

Es handelt sich überwiegend um Dienstleistungen und im Vorjahr auch um Verkäufe von Grundstücken des Anlagevermögens.

(4) Personalaufwand

Es handelt sich um Aufwendungen für insgesamt durchschnittlich 121 (Vj. 104) Mitarbeiter einschließlich Auszubildenden und zuzüglich der Geschäftsführerin.

(5) Sonstige betrieblich Aufwendungen

Der Verwaltungsaufwand betrifft im Wesentlichen Aufwendungen für Versicherungen, Beiträge und Abgaben, Messe- und Werbekosten, die Erstellung und Prüfung von Jahresabschluss und Steuererklärungen, EDV-Kosten sowie Telefon, Porto und Bürobedarf.

(6) Sonstige Steuern

Mit T€ 31 jährlich handelt es sich überwiegend um die Grundsteuern der Stadt Bad Lausick.

(7) Abschreibungen ./.. Auflösung SoPo

Der Ausweis betrifft ausschließlich planmäßige Abschreibungen vermindert um die Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse.

(8) Finanzergebnis

Das Zinsergebnis enthält im Wesentlichen die Verzinsung der Darlehen an Beteiligungsunternehmen sowie die Abzinsung der Pensionsverpflichtungen und Darlehensverbindlichkeiten gegenüber der Gesellschafterin.

(9) Neutrales Ergebnis

	2023 T€	2022 T€	Veränderung T€
ERTRÄGE			
Erträge Anlageverkäufe	0	150	-150
Versicherungsentschädigungen	1	1	0
Sonstige periodenfremde Erträge	17	109	-92
	<u>18</u>	<u>260</u>	<u>-242</u>
AUFWENDUNGEN			
Sonstige periodenfremde Aufwendungen	16	7	9
Verluste Anlagenabgänge	14	5	9
	<u>30</u>	<u>12</u>	<u>18</u>
	<u>-12</u>	<u>248</u>	<u>-260</u>

(10) Ertragsteuern

Ertragsteuern:

	2023 T€	2022 T€
Körperschaftsteuer und Soli	275	112
Gewerbesteuer	228	56
Zuführung Passive Latente Steuer	0	104
Auflösung Passive Latente Steuer	-86	0
	<u>417</u>	<u>272</u>

II. Vermögenslage

In der folgenden Bilanzübersicht sind die einzelnen Posten nach wirtschaftlichen und finanziellen Gesichtspunkten zusammengefasst:

		31.12.2023		31.12.2022		Veränderung
		T€	%	T€	%	T€
Aktiva	Anm					
Immaterielle Vermögensgegenstände, Sach- und Finanzanlagen		4.881	42,2	4.123	42,1	758
Anlagevermögen	(1)	4.881	42,2	4.123	42,1	758
Vorräte	(2)	576	5,0	526	5,4	50
Liefer- und Leistungsforderungen	(3)	19	0,2	14	0,1	5
So. Vermögensgegenstände und RAP	(4)	287	2,5	231	2,4	56
Flüssige Mittel	(5)	5.801	50,1	4.907	50,0	894
Umlaufvermögen		6.683	57,8	5.678	57,9	1.005
Gesamtvermögen		11.564	100,0	9.801	100,0	1.763
Passiva						
Stammkapital		26	0,2	26	0,3	0
Rücklagen		1.015	8,8	1.015	10,4	0
Gewinnvortrag		4.318	37,4	3.541	36,1	777
Jahresüberschuss		777	6,7	777	7,9	0
Eigenkapital	(6)	6.136	53,1	5.359	54,7	777
Sonderposten Investitionszuschüsse	(7)	2.084	18,0	1.758	17,9	326
Pensionsrückstellungen	(9)	311	2,7	275	2,8	36
Verbindlichkeiten Gesellschafterin	(8)	0	0,0	467	4,8	-467
Langfristiges Fremdkapital		311	2,7	742	7,6	-431
Übrige Rückstellungen	(10)	433	3,7	246	2,5	187
Verbindlichkeiten Gesellschafterin	(8)	469	4,1	128	1,3	341
Übrige Verbindlichkeiten	(11)	2.131	18,4	1.568	16,0	563
Kurzfristiges Fremdkapital		3.033	26,2	1.942	19,8	1.091
Gesamtkapital		11.564	100,0	9.801	100,0	1.763

Die wesentlichen Inhalte, Veränderungen und ihre Ursachen sind nachfolgend dargestellt:

(1) Anlagevermögen

Das Anlagevermögen entwickelte sich insgesamt betrachtet im Berichtsjahr wie folgt:

	<u>T€</u>
Buchwert zum 01. Januar 2023	4.123
Zugänge	949
Abgänge (Buchwert)	-14
Zuschreibungen	+6
Abschreibungen	<u>-183</u>
Buchwert zum 31. Dezember 2023	<u>4.881</u>

Das Anlagevermögen umfasst neben dem Betriebsgrundstück des RIFFs überwiegend bewegliche Sachanlagen sowie die Geschäftsanteile an der Tochtergesellschaft Deutsche Bläserakademie GmbH, Bad Lausick, und eine Beteiligung an der Bad Lausicker Thermenresort GmbH, Bad Lausick (24,9 % der Geschäftsanteile). Die Zugänge betreffen im Wesentlichen den Umbau der alten Fleischerei zur Kur- und Touristinformation unter den geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau. Die Verrechnung mit dem Sonderposten für erhaltene Investitionszuschüsse erfolgt erst mit der Fertigstellung.

(2) Vorräte

Die Vorräte betreffen im Wesentlichen zum Verkauf stehende Grundstücke.

(3) Lieferungs- und Leistungsforderungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden durch eine Offene-Posten-Liste nachgewiesen, sie betreffen mit T€ 0 (Vj. T€ 0) die Gesellschafterin.

(4) Sonstige Vermögensgegenstände und Rechnungsabgrenzungsposten

Die sonstigen Vermögensgegenständen (T€ 134, Vj. T€ 128) betreffen im Wesentlichen Erstattungen von Erdgas- und Stromsteuer (T€ 40) und noch nicht abziehbarer Vorsteuer (T€ 49). Der Rechnungsabgrenzungsposten (T€ 83, Vj. T€ 76) betrifft im Wesentlichen mit T€ 69 (Vj. T€ 66) Versicherungen für das Jahr 2023 sowie Vorauszahlungen für Leistungen mit T€ 13 (Vj. T€ 14).

(5) Flüssige Mittel

Zur Entwicklung des Bestandes an flüssigen Mitteln verweisen wir auf unsere Ausführungen zur Finanzlage.

(6) Eigenkapital

Das Eigenkapital stieg aufgrund des erwirtschafteten Jahresüberschusses. Ausschüttungen sind aufgrund des Gesellschaftsvertrages ausgeschlossen.

(7) Sonderposten Investitionszuschüsse

Der Sonderposten betrifft die Investitionszuschüsse der Europäischen Union für die im Bau befindliche neue Kur- und Touristinformation (T€ 1.917), ein Gutachten für die Generalsanierung des RIFFs und die Straße der Einheit 19 (Museum).

(8) Verbindlichkeiten Gesellschafterin

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Gesellschafter betreffen die Schuldübernahme von der im Jahr 2009 verkauften Beteiligung an der „Wohnen, Bauen, Immobilien GmbH, Bad Lausick“, die aus Immobilienverkäufen gegenüber der Stadt Bad Lausick besteht. Sie verringert sich um die planmäßigen Tilgungsleistungen und werden 2024 insgesamt fällig.

(9) Pensionsrückstellungen

Die Pensionsrückstellungen betreffen einen ausgeschiedenen Geschäftsführer.

(10) Übrige Rückstellungen

Die übrigen Rückstellungen entwickelten sich insgesamt wie folgt:

	Vortrag zum 01.01.2023	Verbrauch	Auflösung	Zuführung	Stand am 31.12.2023
	T€	T€	T€	T€	T€
<u>Personalbereich</u>					
Tantieme	8	8	0	17	17
Urlaub	29	29	0	28	28
	37	37	0	45	45
<u>Andere Bereiche</u>					
Anwalts- und Prozesskosten	3	0	0	0	3
Ausstehende Rechnungen	0	0	0	191	191
Abschlusskosten	29	29	0	31	31
Aufbewahrungsverpflichtung	15	0	0	0	15
	47	29	0	222	240
	84	66	0	267	285

(11) Übrige Verbindlichkeiten

Ausgewiesen werden die erhaltenen Anzahlungen für einen schwebend unwirksamen Grundstücksverkauf, Leistungen des RIFFs und in geringem Maße der Touristinformation in Höhe von T€ 821 (Vj. T€ 743), Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von T€ 685 (Vj. T€ 332) - überwiegend Bau- und Wasserrechnungen - sowie Sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von T€ 588 (Vj. T€ 370) und die passiven latenten Steuern, die aus der Bildung einer 6b EStG-Rücklage resultieren (T€ 37, Vj. T€ 123).

III. Finanzlage

Über die Liquiditätssituation und die finanzielle Entwicklung gibt folgende Kapitalflussrechnung Aufschluss:

	2023 T€	2022 T€
Jahresüberschuss	+777	+777
+/- Ab-/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+177	+157
Cash Flow	+954	+934
+/- Verlust / Gewinn aus dem Abgang von Anlagevermögen	+14	-150
+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	+223	+181
-/+ Sonstige zahlungsunwirksame Erträge (-) und Aufwendungen (+)	-24	-24
-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Liefer- und Leistungsforderungen sowie anderer Aktiva	-111	-47
+/- Zunahme/Abnahme der Liefer- und Leistungsverbindlichkeiten sowie anderer Passiva	+563	+606
= Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit	+1.619	+1.500
+ Einzahlungen aus Abgängen des Anlagevermögens	+0	+154
- Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	-949	-298
= Mittelabfluss aus Investitionstätigkeit	-949	-144
+ Einzahlungen von Investitionszuschüssen	+350	+1.350
+ Einzahlungen aus ehemals verpfändeten Rückdeckungen	+0	+86
- Tilgung von Darlehen Gesellschafterin	-126	-124
= Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit	+224	+1.312
+/- Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands	+894	+2.668
+ Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	+4.907	+2.239
= Finanzmittelbestand am Ende der Periode	+5.801	+4.907

Der Finanzmittelbestand besteht aus den flüssigen Mitteln in Höhe von T€ 5.701 (Vj. T€ 4.807) und Wertpapieren des Umlaufvermögens von T€ 100 (Vj. T€ 100).

E. Durchführung der Prüfung

I. Gegenstand der Prüfung

Gegenstand unserer Prüfung waren die Buchführung, der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 (Anlagen I bis III.a) und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2023 (Anlage IV) sowie die Einhaltung der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften zur Rechnungslegung und der sie ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

Den Lagebericht haben wir darauf geprüft, ob er mit dem Jahresabschluss und den bei unserer Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht und insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft vermittelt. Dabei haben wir auch geprüft, ob die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind. Die Prüfung hat sich auch darauf erstreckt, ob die gesetzlichen Vorschriften zur Aufstellung des Lageberichtes beachtet worden sind.

Die Prüfung der Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften gehört nur insoweit zu den Aufgaben der Abschlussprüfung, als sich aus diesen anderen Vorschriften üblicherweise Rückwirkungen auf den Jahresabschluss ergeben.

Die Geschäftsführung der Gesellschaft ist für die Rechnungslegung, die dazu eingerichteten internen Kontrollen sowie die mir gemachten Angaben verantwortlich. Unsere Aufgabe ist es, die von der Geschäftsführung vorgelegten Unterlagen und die gemachten Angaben im Rahmen unserer pflichtgemäßen Prüfung zu beurteilen.

II. Art und Umfang der Prüfungsdurchführung

Wir haben die Prüfung mit Unterbrechungen vom 3. Juni bis zum 26. Juni 2024 durchgeführt.

Ausgangspunkt unserer Prüfung war der von uns geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Vorjahresabschluss zum 31. Dezember 2022, er wurde mit Gesellschafterbeschluss vom 4. September 2023 festgestellt.

Der uns zur Prüfung übergebene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde von Rupprecht & Partner mbB, Steuerberater Wirtschaftsprüfer, Bad Lausick, erstellt.

Als Prüfungsnachweis dienten uns die Buchhaltungsunterlagen, die Belege, Bestätigungen der Kreditinstitute sowie das Akten- und Schriftgut der Gesellschaft.

Alle von uns erbetenen Auskünfte, Aufklärungen und Nachweise sind uns von der Geschäftsführung und den zur Auskunft benannten Mitarbeiter bereitwillig gegeben worden.

Ergänzend hierzu hat uns die Geschäftsführung in der berufsüblichen Vollständigkeitserklärung schriftlich versichert, dass in der Buchführung und in dem zu prüfenden Jahresabschluss alle bilanzierungspflichtigen Vermögensgegenstände / Vermögenswerte, Verpflichtungen, Wagnisse und Abgrenzungen berücksichtigt, sämtliche Aufwendungen und Erträge enthalten, alle erforderlichen Angaben gemacht und alle bestehenden Haftungsverhältnisse bekannt gegeben worden sind.

In der Erklärung wird auch versichert, dass der Lagebericht hinsichtlich erwarteter Entwicklungen alle für die Beurteilung der Lage der Gesellschaft wesentlichen Gesichtspunkte sowie die nach § 289 HGB erforderlichen Angaben enthält.

Bei der Durchführung unserer Jahresabschlussprüfung haben wir die Vorschriften der §§ 316 ff. HGB und die vom IDW festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung beachtet. Danach haben wir unsere Prüfung problemorientiert – jedoch ohne spezielle Ausrichtung auf eine Unterschlagungsprüfung – so angelegt, dass wir Unregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die gesetzlichen Vorschriften, die sich auf die Darstellung des den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft wesentlich auswirken, hätten erkennen müssen.

Der Prüfung lag eine Planung der Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung unserer vorläufigen Lageeinschätzung der Gesellschaft und eine Einschätzung der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS zugrunde. Die Einschätzung basierte insbesondere auf Erkenntnissen über die rechtlichen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen. Branchenrisiken, Unternehmensstrategie und die daraus resultierenden Geschäftsrisiken sind aus der Prüfung des Vorjahresabschlusses, aus Gesprächen mit der Geschäftsleitung und Mitarbeitern der Gesellschaft bekannt.

Aus den im Rahmen der Prüfungsplanung festgestellten Risikobereichen ergaben sich folgende Prüfungsschwerpunkte:

- Umsatzerlöse, Vorräte und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen
- Anlagevermögen und Sonderposten
- Richtigkeit und Vollständigkeit der Rückstellungen
- Vollständigkeit der Angaben im Anhang und Lagebericht

Ausgehend von einer vorläufigen Beurteilung des IKS haben wir bei der Festlegung der weiteren Prüfungshandlungen die Grundsätze der Wesentlichkeit und der Wirtschaftlichkeit beachtet. Sowohl die analytischen Prüfungshandlungen als auch die Einzelfallprüfungen wurden daher nach Art und Umfang unter Berücksichtigung der Bedeutung der Prüfungsgebiete und der Organisation des Rechnungswesens in entsprechender Auswahl durchgeführt. Die Auswahl erfolgte derart, dass sie der wirtschaftlichen Bedeutung der einzelnen Posten des Jahresabschlusses Rechnung trägt und es ermöglicht, die Einhaltung der gesetzlichen Rechnungslegungsvorschriften ausreichend zu prüfen.

Auf Grund unserer Einschätzung haben wir im Wesentlichen analytische Prüfungshandlungen vorgenommen und bei bedeutenden Positionen der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einzelfallorientiert geprüft. Soweit Stichproben gezogen wurden, erfolgte überwiegend eine bewusste Auswahl.

Bei der von uns durchgeführten Jahresabschlussprüfung haben wir uns zur Einschätzung des internen Kontrollsystems einen Überblick über die externen Faktoren, die Unternehmensziele, die Geschäftsstrategie und die Steuerungs- und Überwachungsprozesse auf der Unternehmensebene verschafft.

Zum Nachweis der Abbildung der Beziehungen zu Kreditinstituten wurden Saldenbestätigungen der Hausbanken eingeholt.

Für die Forderungen und Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben wir ebenfalls Saldenbestätigungsaktionen durchgeführt.

Zu den steuerlichen Angelegenheiten der Gesellschaft lag uns eine Bestätigung des steuerlichen Beraters vor.

An der Stichtagsinventur zum 31. Dezember 2023 haben wir nicht beobachtend teilgenommen, da das aufzunehmende Inventar (Verbrauchsgüter des Restaurants und des Freizeitbades) nur einen unwesentlichen Wert darstellen.

Alle von uns erbetenen Aufklärungen und Nachweise sind erteilt worden. Die Geschäftsführung hat uns die Vollständigkeit der Buchführung und des Jahresabschlusses schriftlich bestätigt.

III. Unabhängigkeit

Bei unserer Abschlussprüfung haben wir die anwendbaren Vorschriften zur Unabhängigkeit beachtet.

F. Feststellungen und Erläuterungen zur Rechnungslegung

I. Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Die Bücher der Gesellschaft sind ordnungsmäßig geführt. Die Belegfunktion ist erfüllt. Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach unseren Feststellungen den gesetzlichen Vorschriften.

II. Jahresabschluss

Der uns zur Prüfung vorgelegte Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 ist ordnungsmäßig aus den Büchern und den sonst erforderlichen Aufzeichnungen der Gesellschaft entwickelt worden.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften über die Rechnungslegung von Kapitalgesellschaften unter Berücksichtigung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes aufgestellt. Der Anhang enthält alle vorgeschriebenen Angaben. Die ergänzenden Vorschriften des Gesellschaftsvertrags über den Jahresabschluss sind eingehalten.

Die Anwendung der Schutzklausel des § 286 Abs. 4 HGB ist zu Recht erfolgt.

Das Stetigkeitsgebot des § 252 Abs 1 Nr. 6 HGB wurde beachtet.

III. Lagebericht

Der Lagebericht der Geschäftsführung entspricht den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages. Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss sowie mit den von uns bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen. Er vermittelt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft. Unsere Prüfung hat zu dem Ergebnis geführt, dass im Lagebericht die wesentlichen Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dargestellt sind.

G. Stellungnahme zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

I. Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Die Gesellschaft hat den Jahresabschluss nach den Bilanzierungsvorschriften des HGB aufgestellt. Bezüglich der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden verweisen wir im Allgemeinen auf die Ausführungen im Anhang. Für einen vertieften Einblick in die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage verweisen wir zudem auf die vorstehenden Erläuterungen zum Jahresabschluss.

II. Sachverhaltsgestaltende Maßnahmen

Gegenüber dem Geschäftsführer bestehen Pensionszusagen. Bis zum Ausscheiden des Geschäftsführers waren diese dergestalt, dass er Anspruch auf die Auszahlung der Aktivwerte der Direktversicherungen zu seinen Gunsten hatte. Die Direktversicherungen waren ihm gegenüber verpfändet. Daher standen sich Pensionsverpflichtungen und verpfändete Aktivwerte in gleicher Höhe gegenüber und hoben sich nach dem Saldierungsgebot des § 246 Abs. 2 HGB gegeneinander ebenso auf wie die Zuführung zu den Aktivwerten mit den Erhöhungen der Pensionsverpflichtungen. Um unter dem Eindruck der fortbestehenden Corona-Pandemie Liquidität für die BBK zu schaffen, wurde im Jahr 2021 eine laufende Rentenzahlung vereinbart und diese mit einer Grundsschuld besichert. Mit Ihrer Auszahlung fließen die Deckungsguthaben bei Versicherung nach Auszahlung der BBK zu.

Der Wertansatz der Tochtergesellschaft Deutsche Bläserakademie GmbH, Bad Lausick, wurde bereits vor Jahren auf 1 € abgeschrieben, da mit Rückflüssen aus dieser Beteiligung nicht mehr gerechnet werden kann.

III. Feststellung zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die Gesellschaft hat die den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 berührenden Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte in Übereinstimmung mit dem Vorjahr ausgeübt.

In Gesamtwürdigung der angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden sind wir der Überzeugung, dass der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

H. Feststellungen im Rahmen der Prüfung nach § 53 HGrG

Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG und die hierzu vom IDW nach Abstimmung mit dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesrechnungshof und den Landesrechnungshöfen veröffentlichten IDW PS 720 „Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 HGrG“ beachtet.

Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrags geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in der Anlage VI. dargestellt. Über diese Feststellungen hinaus hat unsere Prüfung keine Besonderheiten ergeben, die nach unserer Auffassung für die Beurteilung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung von Bedeutung sind.

I. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über unsere Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 der BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH, Bad Lausick erstatten wir in Übereinstimmung mit § 321 HGB unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Erstellung von Prüfungsberichten des Instituts der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V., Düsseldorf (IDW PS 450).

Eine Verwendung des oben wiedergegebenen Bestätigungsvermerks außerhalb dieses Prüfungsberichts bedarf unserer vorherigen Zustimmung. Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; auf § 328 HGB wird verwiesen.

München, den 26. Juni 2024

MSW PARTNERS GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Markus Münch
Wirtschaftsprüfer



BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH
Bad Lausick

Bilanz zum 31. Dezember 2023

[illegible]

BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH
Bad Lausick

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit
vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023

	2023		Vorjahr
	€	€	€
1. <u>Umsatzerlöse</u>		6.766.079,02	5.246.460,43
2. <u>Erhöhung(+)/Verminderung(-) des Bestandes an unfertigen Erzeugnissen sowie zu Verkauf bestimmter Grundstücke</u>		25.500,00	0,00
3. <u>Sonstige betriebliche Erträge</u>		129.910,18	450.158,44
4. <u>Materialaufwand</u>			
a) <u>Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren</u>	1.426.863,19		1.152.228,36
b) <u>Aufwendungen für bezogene Leistungen</u>	<u>406.116,15</u>	1.832.979,34	350.732,57
5. <u>Personalaufwand</u>			
a) <u>Löhne und Gehälter</u>	2.380.091,77		1.957.311,90
b) <u>Soziale Abgaben u. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung</u>	<u>598.681,66</u>	2.978.773,43	<u>414.559,42</u>
6. <u>Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen</u>		134.024,92	156.642,69
7. <u>Sonstige betriebliche Aufwendungen</u>		738.954,19	617.339,86
8. <u>Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge</u>		52.534,22	53.910,71
9. <u>Abschreibungen auf Finanzanlagen und Wertpapiere des Umlaufvermögens</u>		49.405,35	0,00
10. <u>Zinsen und ähnliche Aufwendungen</u>		13.204,75	20.665,51
11. <u>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</u>		417.311,05	271.909,25
12. <u>Ergebnis nach Steuern</u>		809.370,39	809.140,02
13. <u>Sonstige Steuern</u>		<u>32.119,82</u>	<u>32.170,56</u>
14. <u>Jahresüberschuss</u>		<u><u>777.250,57</u></u>	<u><u>776.969,46</u></u>

Anhang

zum

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023

Gliederung

- A. Allgemeines**
- B. Angaben zur Bilanz und zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**
- C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung**
- D. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag**
- E. Sonstige Angaben**

A. Allgemeines

Die BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH hat ihren Sitz in Bad Lausick und ist eingetragen in das Handelsregister beim Amtsgericht Leipzig (Reg.Nr. HRB 8198). Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 wurde gemäß Gesellschaftsvertrag nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Beachtung der Vorschriften für mittelgroße Kapitalgesellschaften in der Fassung des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) und unter Beachtung der Vorschriften des GmbH-Gesetzes (GmbHG) aufgestellt.

Die Gliederung der Bilanz erfolgte gemäß Gesellschaftsvertrag nach den Vorschriften für mittelgroße Kapitalgesellschaften gemäß § 266 Abs. 2 HGB. Bei der Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB angewandt. Es wurden alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Wagnisse und Schulden der Gesellschaft berücksichtigt.

B. Angaben zur Bilanz und zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen denen des Vorjahres.

Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Abzug erhaltener Preisnachlässe und planmäßiger Abschreibungen. Die Abschreibungen wurden linear entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer vorgenommen. Die Zugänge zu den immateriellen Vermögensgegenständen und zu den Sachanlagen werden zeitanteilig abgeschrieben. Die Anlagenabgänge erfolgten zu vorgetragenen Restbuchwerten.

Unter den Finanzanlagen wurde die Beteiligung an der Deutschen Bläserakademie GmbH in Höhe des von der BBK GmbH gezeichneten und eingezahlten Stammkapitals und der eingezahlten Kapitalrücklage ausgewiesen. Da keine Erträge aus der Betätigung erzielt werden können, wurden sie in den Vorjahren auf den Erinnerungswert von 1 EUR abgeschrieben. Des Weiteren wurde die Beteiligung an der Bad Lausicker Thermenresort GmbH zu Anschaffungskosten sowie Ausleihungen zum Nennwert unter den Finanzanlagen ausgewiesen.

Die Aufgliederung und Entwicklung des Anlagevermögens ist dem Anlagespiegel zu entnehmen.

Der Anteilsbesitz bei den Finanzanlagen stellt sich wie folgt dar:

	Stammeinlage 31.12.2023 EUR	%	Eigenkapital 31.12.2023 EUR	Jahres- ergebnis 31.12.2023 TEUR
Deutsche Bläserakademie GmbH, Bad Lausick	25.000,00	100,00	29.777,30	-45.226,87
Bad Lausicker Thermenresort GmbH, Bad Lausick	6.225,00	24,90	155.472,24	157.647,80
<u>Insgesamt</u>	31.225,00			

Größenabhängig ist die BBK GmbH nach § 293 HGB von der Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit.

Die Bewertung der Vorräte erfolgte mit den Anschaffungskosten und Herstellungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert. Die zum Verkauf bestimmten Grundstücke sind mit einem Verkehrswertgutachten zum 31. Dezember 2002 und mit den Verkehrswerten laut Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Landkreis Leipzig zum 31.12.2012 zum niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Forderungen und die Sonstigen Vermögensgegenstände sind grundsätzlich mit dem Nennwert bilanziert. Die Restlaufzeiten sind in der folgenden Tabelle angegeben:

	Insgesamt zum 31.12.2023 EUR	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr EUR
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	19.107,28	0,00
	Vj: 14.146,92	Vj: 0,00
Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	70.661,38	0,00
	Vj: 28.048,83	Vj: 0,00
Forderung gegen Gesellschafter	0,00	0,00
	Vj: 0,00	Vj: 0,00
Sonstige Vermögensgegenstände	133.668,44	0,00
	Vj: 127.533,66	Vj: 0,00
<u>Insgesamt</u>	223.437,10	0,00
	Vj: 169.729,41	Vj: 0,00

Die zur Berücksichtigung des allgemeinen Ausfallrisikos und des Zinsverlustes bei verspätetem Zahlungseingang im Vorjahr gebildete Pauschalwertberichtigung auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (1%) in Höhe von EUR 350,00 wurden auf EUR 160,00 vermindert. Daneben bestehen Einzelwertberichtigungen in Höhe von EUR 4.149,20.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Erstattungsansprüche für erst im Folgejahr abziehbare Vorsteuern in Höhe von TEUR 49, Erstattung der Erdgassteuer in Höhe von TEUR 40, sonstige Forderungen für Rückvergütungen in Höhe von TEUR 29 sowie Erstattungen von Körperschaftsteuer in Höhe von TEUR 6 und für Sozialversicherungen in Höhe von TEUR 4.

Die sonstigen Wertpapiere sind zu Anschaffungskosten angesetzt. Abschreibungen auf einen niedrigeren Wert waren nicht vorzunehmen.

Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert bilanziert.

Unter dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten werden Ausgaben vor dem Abschlussstichtag ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem darstellen. Im Rechnungsabgrenzungsposten sind vor allem im Jahr 2023 bezahlte Versicherungsprämien (TEUR 69) sowie weitere Aufwendungen, die die Folgeperiode betreffen, ausgewiesen. Der Ansatz erfolgte zum Nennwert.

Das gezeichnete Kapital ist voll eingezahlt. Die Zusammensetzung und Entwicklung des Eigenkapitals ist der folgenden Tabelle zu entnehmen:

	Stand 31.12.2022 EUR	Zuführung EUR	Entnahme EUR	Stand 31.12.2023 EUR
Gezeichnetes Kapital	26.000,00	0,00	0,00	26.000,00
Kapitalrücklage	69.859,51	0,00	0,00	69.859,51
Gewinnrücklagen	945.012,59	0,00	0,00	945.012,59
Gewinnvortrag	3.541.100,82	776.969,46	0,00	4.318.070,28
Jahresergebnis	776.969,46	777.250,57	776.969,46	777.250,57
<u>Insgesamt</u>	5.358.942,38	776.969,46	0,00	6.136.192,95

Gemäß dem Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 04. September 2023 wurde der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2022 (EUR 776.969,46) auf neue Rechnung vorgetragen.

Der Sonderposten für Investitionszuschüsse ist in Höhe der ursprünglichen Zuführungsbeträge, vermindert um die jährlichen Auflösungsbeträge, bilanziert. Die Auflösung erfolgt entsprechend der durchschnittlichen betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der bezuschussten Anlagegüter. Er betrifft mit TEUR 1.917 den Umbau des alten Stadthauses zu einer neuen Touristeninformation mit Kurhaus, mit TEUR 98 das Objekt „Straße der Einheit 19“, mit TEUR 13 den Umbau des Riffs sowie mit TEUR 3 Energiesparanlagen. Die Auflösung (TEUR 24) erfolgt unter Zugrundelegung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Anlagen. Für Zuschüsse betreffend den Umbau des alten Stadthauses zu einer neuen Touristeninformation mit Kurhaus wurde der Sonderposten des Vorjahres um TEUR 297 erhöht. Für das neue Konzept zur Modernisierung des Riffs wurde ein weiterer Sonderposten in Höhe von TEUR 53 gebildet.

Die Empfangenen Ertragszuschüsse wurden mit den ursprünglichen Zuführungsbeträgen abzüglich der jährlichen Auflösungen passiviert. Sie betreffen einmalige Anschlussgebühren für Fernwärmeanschlüsse. Entsprechend der Laufzeit der abgeschlossenen Wärmeversorgungsverträge (5 bis 15 Jahre) erfolgt die Auflösung der Ertragszuschüsse.

Die Rückstellung für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurde nach den Vorschriften des Bilanzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (BilRUG) ermittelt. Die versicherungsmathematische Bewertung der Pensionsrückstellung ist durch das versicherungsmathematischen Gutachten der Zürich Beteiligungs-AG (Deutschland), Köln, vom 25. März 2024 belegt. Als Rechnungsgrundlagen dienen die PUC-Methode und die Richttafeln 2018 G von Prof. Klaus Heubeck sowie ein Rechnungszinsfuß von 1,82 % jährlich (10-Jahresdurchschnitt). Gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB wird für die Bewertung der Pensionsverpflichtungen für die Handelsbilanz anstelle des 7-Jahresdurchschnittzinssatzes (1,74 %) ein 10-Jahresdurchschnittzinssatz verwendet. Zum Bilanzstichtag beträgt die Pensionsrückstellung nach dem 7-Jahresdurchschnittzinssatz TEUR 313 und nach dem 10-Jahresdurchschnittzinssatz TEUR 310. Der Unterschiedsbetrag in Höhe von TEUR 3 unterliegt einer laufenden Ausschüttungssperre. Die zugehörigen Aufwendungen (TEUR 6) und Erträge (TEUR 2) aus der Auf- und Abzinsung wurden saldiert unter den Zinsen und ähnlichen Aufwendungen (TEUR 4) ausgewiesen.

Die Steuerrückstellungen für Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer, die zu Erfüllungsbeträgen angesetzt werden, betragen TEUR 149 (Vj. TEUR 162).

Die sonstigen Rückstellungen enthalten alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten und sind in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt. Sie betreffen für 2023 nachfolgende Aufwendungen für Wärme- und Erdgaslieferungen (TEUR 191), die externen und internen Jahresabschlusskosten (TEUR 31), noch nicht abgeglichene Urlaubsansprüche (TEUR 28), sonstige Personalkosten (TEUR 17), den Archivierungsaufwand (TEUR 15) sowie Prozesskosten (TEUR 3).

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Die Restlaufzeiten sind in der folgenden Tabelle angegeben.

Verbindlichkeiten	Insgesamt zum 31.12.2023 EUR	davon mit einer Restlaufzeit	
		bis zu einem Jahr EUR	von mehr als fünf Jahren EUR
gegenüber Kreditinstituten	0,00 Vj: 0,00	0,00 Vj: 0,00	0,00 Vj: 0,00
erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	820.645,99 Vj: 742.507,75	820.645,99 Vj: 742.507,75	0,00 Vj: 0,00
aus Lieferungen und Leistungen	685.273,17 Vj: 332.580,44	685.273,17 Vj: 332.580,44	0,00 Vj: 0,00
gegenüber Gesellschaftern	468.781,34 Vj: 594.904,21	468.781,34 Vj: 527.404,21	0,00 Vj: 0,00
gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,00 Vj: 0,00	0,00 Vj: 0,00	0,00 Vj: 0,00
Sonstige	587.919,13 Vj: 369.912,70	587.919,13 Vj: 369.912,70	0,00 Vj: 0,00
<u>Insgesamt</u>	2.562.619,63 Vj: 2.039.705,10	2.562.619,63 Vj: 1.972.205,10	0,00 Vj: 0,00

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschafter beinhalten Darlehensverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 468 (Übernahme Altschuldenkredit bei der Deutschen Kreditbank AG zur Ablösung eines Wohnungsbaukredites) sowie Zinsabgrenzungen von TEUR 1.

Für bestehende Differenzen zwischen den handelsrechtlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen (Anlagevermögen) und Schulden (Pensionsrückstellungen) und ihren steuerlichen Wertansätzen, die sich in späteren Geschäftsjahren voraussichtlich abbauen, werden für eine sich insgesamt (Saldierung) ergebende Steuerbelastung passive latente Steuern in der Bilanz angesetzt. Bei einer sich insgesamt ergebenden Steuerentlastung werden keine aktiven latenten Steuern in der Bilanz berücksichtigt (Wahlrecht gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB). Bei der Ermittlung des aktiven bzw. passiven Überhangs werden Verlustvorträge, welche innerhalb der nächsten fünf Jahre zur Verlustverrechnung verwendet werden, berücksichtigt. Die Bewertung der Steuerlatenzen erfolgt zu den unternehmensspezifischen Ertragsteuersätzen. Die anzusetzenden passiven latenten Steuern (TEUR 69) betragen nach Verrechnung mit aktiven latenten Steuern (TEUR 32) insgesamt TEUR 37.

C. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die <u>Umsatzerlöse</u> setzen sich wie folgt zusammen:	2023 <u>TEUR</u>	2022 <u>TEUR</u>
Erlöse Kur- und Freizeitbad	6.012	4.549
Erlöse aus Wärmeverkauf	397	366
Erlöse Photovoltaik / BHKW	7	4
Verkauf Grundstücke	0	0
Erlöse Touristik / Kultur, Zuschüsse	345	309
Sonstige	<u>5</u>	<u>18</u>
	<u>6.766</u>	<u>5.246</u>

Die <u>Erlöse Freizeitbad</u> setzen sich wie folgt zusammen:	2023 <u>TEUR</u>	2022 <u>TEUR</u>
Badebetrieb	3.864	2.913
Restauration	1.959	1.523
Shop	127	108
Solarium, Infrarot	7	5
Wellness	<u>55</u>	<u>0</u>
	<u>6.012</u>	<u>4.549</u>

Die Badbenutzung stellt sich wie folgt dar:

Monat	Anzahl der Gäste			Ø Besucherzahl pro Tag		
	2023	2022	2021	2023	2022	2021
Januar	27.046	13.274	0	872	781	0
Februar	36.587	24.555	0	1.307	877	0
März	24.840	19.762	0	801	637	0
April	27.271	27.996	0	909	933	0
Mai	17.683	20.307	0	570	655	0
Juni	15.512	18.711	7.152	517	624	421
Juli	26.075	23.457	23.350	841	757	753
August	29.809	26.172	40.396	962	567	1.303
September	16.798	17.590	20.880	560	992	696
Oktober	32.127	29.749	25.037	1.036	960	808
November	21.931	19.311	12.722	731	644	606
Dezember	21.821	18.522	0	704	597	0
Insgesamt	297.500	259.406	129.537	818	752	805

Die Sonstigen betrieblichen Erträge umfassen im Wesentlichen die Erträge aus der Ausbuchung von Verbindlichkeiten für abgelaufene Wertgutscheine in Höhe von TEUR 30 und der Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse und der empfangenen Ertragszuschüsse in Höhe von TEUR 24.

Die <u>Personalaufwendungen</u> setzen sich wie folgt zusammen:	2023 <u>TEUR</u>	2022 <u>TEUR</u>
Löhne und Gehälter	2.380	1.957
Soziale Abgaben	<u>599</u>	<u>415</u>
	<u>2.979</u>	<u>2.372</u>

Im Berichtsjahr fielen Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und auf Sachanlagen in Höhe von TEUR 134 (TEUR 157) an.

In den Sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind periodenfremde und neutrale Aufwendungen in Höhe von TEUR 16 (Vj. TEUR 7) enthalten.

Die Zinsaufwendungen betreffen mit TEUR 4 (Vj. TEUR 8) die Abzinsung von Pensionsverpflichtungen.

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag (TEUR 417) betreffen ausschließlich das Ergebnis des Jahres 2023. Darin enthalten sind Erträge in Höhe von TEUR -86 durch die Auflösung von passiven latenten Steuern.

Der Jahresüberschuss beträgt TEUR 777.

D. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Am 5. März 2024 hat die die BBK 75,1% der Gesellschafteranteile der Bad Lausicker Thermenresort GmbH, Bad Lausick, (BTR GmbH) von den Gesellschaftern zu einem Preis von 1.502 TEUR abgekauft. Damit ist die BBK nun alleiniger Gesellschafter der BTR GmbH. Die BTR GmbH soll als Tochterunternehmen fortgeführt werden. Ein Entwurf des neuen Gesellschaftervertrages wurde der Aufsichtsbehörde zur Prüfung übergeben.

Zum 30. April 2024 wurde beim Gesellschafter der Altkredit in Höhe von TEUR 469 vollständig getilgt.

Der Verkauf des Grundstückes im Kursondergebiet konnte auch im Berichtsjahr noch nicht abgeschlossen werden. Da bis zum 31.10.2023 noch keine Abwägung des B-Planes im Kursondergebiet erfolgt war. Aus diesem Grund, bat die KAPPIS-Gruppe erneut um Zahlungsfristverlängerung bis zum 31.12.2024. Die Fristverlängerung bis zum 31.12.2024 wurde gewährt. Für die Restkaufsumme von 1.934 TEUR erhält die BBK seit dem 31.03.2023 bis zum Zahleingang 1,0 % p.a. Zinsen.

Der Umbau der Immobilie Bad Lausick, Straße der Einheit 21 zur neuen Tourist-Information mit Verwaltungsräumen und öffentlicher Toilette, wurde im Berichtsjahr fortgeführt, aber nicht noch nicht vollständig abgeschlossen. Durch die denkmalgerechte Ausführung und dem kriegsbedingten Schwierigkeiten hinsichtlich der Materialversorgung und des Fachkräftemangels kam es zu erheblichen Verzögerungen der Arbeiten. Das in 2023 im 1. Bauabschnitt Erreichte entspricht nicht dem eigentlichen Zeitplan. Der Fördermittelgeber wurde dazu informiert. Die Fortführung der Bauarbeiten am 2. Bauabschnitt und die Ausgabe der verbliebenen Mittel wurden mit dem Fördermittelgeber abgestimmt. Für die fehlenden Mittel zur vollständigen Fertigstellung wurde ein Antrag zur Förderung der Mehrkosten gestellt.

E. Sonstige Angaben

Hinsichtlich der Ergebnisverwendung wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss auf neue Rechnung vorzutragen.

Zum Bilanzstichtag bestehen folgende wesentliche sonstige finanzielle Verpflichtungen und Haftungsverhältnisse:

- Gaslieferungsvertrag vom 12.09.2019 (Nachtrag zum Gaslieferungsvertrag vom 12.06.2012/ 15.06.2012) beinhaltet die Vereinbarung eines bestimmten Arbeitspreises bei gleichbleibender Abnahmemenge pro Jahr vom 01.10.2019 bis zum 31.12.2024. Das jährliche Volumen beträgt ca. TEUR 480 – TEUR 500.
- Gaslieferungsvertrag vom 11.01.2021/ 25.10.2021 beinhaltet die Vereinbarung eines bestimmten Arbeitspreises bei gleichbleibender Abnahmemenge pro Jahr vom 01.01.2025 bis zum 31.12.2025.
- Stromlieferungsvertrag bis zum 01.01.2024. Das jährliche Volumen beträgt ca. TEUR 50.
- Landpachtvertrag vom 15.06.2021 ab 2023. Das jährliche Volumen beträgt ca. TEUR 1.

Die Gesellschaft hat eine Abtretung der Ansprüche aus einem Bausparguthaben bei der LBS Ost deutsche Landesbausparkasse AG in Höhe von bis zu TEUR 753 (Stand 31.12.2021: TEUR 300) an die Sparkasse zur Sicherung aller bankmäßigen Ansprüche aus dem Darlehen in Höhe von TEUR 500 der Bad Lausicker Thermenresort GmbH am 30. Mai 2018 unterzeichnet. Aufgrund der bereits von Anfang an hohen Auslastung des betriebenen Resorts wird mit einer Inanspruchnahme nicht gerechnet.

Für die Absicherung der Pensionszusage wurde eine Grundschild am Grundstück Straße der Einheit 19, 04651 Bad Lausick, eingetragen.

Die Gesellschaft beschäftigte im Jahresdurchschnitt 121 Arbeitnehmer ohne Geschäftsführerin. Davon waren 24 Mitarbeiter vollzeitbeschäftigt und 91 Mitarbeiter teilzeitbeschäftigt. Daneben werden 6 Ausbildungsverhältnisse geführt.

Alleinige Gesellschafterin ist die Stadt Bad Lausick.

Die Organe der Gesellschaft sind die Geschäftsführung, der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung.

Geschäftsführung:

Seit dem 1. September 2021 ist Frau Annett Koza, Bad Lausick, Ortsteil Etzoldshain, alleinige Geschäftsführerin.

Der Aufsichtsrat setzt sich im Geschäftsjahr wie folgt zusammen:

Herr Michael Hultsch (am 05.11.2015 zum Vorsitzenden gewählt), Bad Lausick, Bürgermeister

Herr Udo Goerke, Bad Lausick, Rechtsanwalt in eigener Kanzlei

Herr André Kipping, Bad Lausick, Werkleiter

Herr Joachim Czichos, Bad Lausick, Geschäftsführer Betonwerk i.R.

Herr Tim Barczynski, Bad Lausick Ortsteil Glasten, Schornsteinfegermeister

Herr Josef Eisenmann, Bad Lausick, Pensionär.

Auf Mitglieder des Aufsichtsrates entfallen im Jahr 2023 Aufwandsentschädigungen in Höhe von TEUR 3. Diese sind im Januar 2024 gezahlt. Auf die Angabe des Geschäftsführergehaltes wird gemäß § 286 Absatz 4 HGB verzichtet.

Das Abschlussprüferhonorar betrug TEUR 13.

Bad Lausick, 03. Juni 2024

Annett Koza

Geschäftsführerin

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2023

	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Abschreibungen						Restbuchwerte		
	Stand 01.01.2023	Zugang	Abgang	Umbuchung Umgliederg	Stand 31.12.2023	Stand 01.01.2023	Zugang	außerplan- mäßige AfA	Zuschreibung	Abgang	Umbuchung Umgliederg	Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2023	Stand 31.12.2022
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände														
1. Entgeltlich erworbene Lizenzen, sonstige Rechte und Werte	150.743,26	0,00	0,00	0,00	150.743,26	116.401,26	3.168,00	0,00	0,00	0,00	0,00	119.569,26	31.174,00	34.342,00
Summe Immaterielle Vermögens- gegenstände	150.743,26	0,00	0,00	0,00	150.743,26	116.401,26	3.168,00	0,00	0,00	0,00	0,00	119.569,26	31.174,00	34.342,00
II. Sachanlagen														
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	23.203.695,38	0,00	0,00	0,00	23.203.695,38	20.563.302,99	37.726,00	0,00	0,00	0,00	0,00	20.601.028,99	2.602.666,39	2.640.392,39
2. Technische Anlagen und Maschinen	11.417.813,80	0,00	0,00	0,00	11.417.813,80	11.313.319,80	53.008,00	0,00	0,00	0,00	0,00	11.366.327,80	51.486,00	104.494,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	3.985.132,19	11.049,92	91.710,54	0,00	3.904.471,57	3.870.083,19	40.122,92	0,00	6.369,33	77.777,21	0,00	3.826.059,57	78.412,00	115.049,00
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	352.970,09	888.332,39	0,00	0,00	1.241.302,48	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1.241.302,48	352.970,09
Summe Sachanlagen	38.959.611,46	899.382,31	91.710,54	0,00	39.767.283,23	35.746.705,98	130.856,92	0,00	6.369,33	77.777,21	0,00	35.793.416,36	3.973.866,87	3.212.905,48
III. Finanzanlagen														
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	25.000,00	49.405,35	0,00	0,00	74.405,35	24.999,00	49.405,35	0,00	0,00	0,00	0,00	74.404,35	1,00	1,00
2. Beteiligungen	6.225,00	0,00	0,00	0,00	6.225,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6.225,00	6.225,00
3. Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	870.000,00	0,00	0,00	0,00	870.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	870.000,00	870.000,00
Summe Finanzanlagen	901.225,00	49.405,35	0,00	0,00	950.630,35	24.999,00	49.405,35	0,00	0,00	0,00	0,00	74.404,35	876.226,00	876.226,00
Insgesamt	39.732.521,42	948.787,66	91.710,54	0,00	40.868.656,84	35.888.106,24	183.430,27	0,00	6.369,33	77.777,21	0,00	35.987.389,97	4.881.266,87	4.123.473,48

Lagebericht 2023

1. Das Geschäftsjahr

Die BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH (BBK) ist ein kommunales Unternehmen der Stadt Bad Lausick. Die BBK betreibt das Freizeitbad RIFF (RIFF). Das RIFF besteht aus den Bereichen Bad, Sauna, Wellness, Shop, Gastronomie und Technik. Die Gastronomie wiederum besteht aus einer zentralen Zubereitungs-Küche mit vier Verkaufsbereichen (Service-Restaurant, Bad-Imbiss, Saunabar, Resort-Frühstück). Im RIFF befinden sich zur Eigenstromversorgung zwei Erdgas-Blockheizkraftwerke (BHKW) und auf dem Dach eine 70 kWp Fotovoltaik-Anlage. Das RIFF produziert neben dem eigengenutzten Strom auch Fernwärme und versorgt damit das RIFF selbst und die angrenzenden Privat-Geschäfts-Sozial-Gebäude, darunter ein Pflegeheim, die Grundschule, einen Kindergarten und einen Supermarkt mit Fernwärme. Gemäß Gesellschaftsvertrag wird für die Stadt Bad Lausick die Kur- und Tourist-Information und das Kurmittelhaus betrieben und die Kultur in den Kurkliniken und auf der Freilichtbühne im Kurpark organisiert.

Im Geschäftsjahr 2023 arbeitet das Freizeitbad wieder im Normalbetrieb, so dass Besucherzahlen von Vorcorona-Zeiten erreicht werden. In 2023 besuchen das RIFF 297.500 Gäste (im Vorjahr 259.422). Im Durchschnitt der letzten 15 Nicht-Corona-Jahre waren es stets ca. 300.000. Somit knüpft die Besucherzahl im Jahr 2023 an die sehr erfolgreiche Vorcorona-Zeit an. Die Erlöse netto betragen 6.011 TEUR. Im Vorjahr 2022 waren dies 4.549 TEUR. Erfreulich ist, dass der Bruttoumsatz je Badegast 20,81 EUR beträgt und somit bemerkenswert gesteigert wurde. Im Vorjahr betrug er 17,54 EUR brutto.

Neben dem Bade- und Saunabetrieb ist der Fernwärmeverkauf ein wichtiger Geschäftsbereich der kommunalen GmbH. Der Fernwärmeverkauf ist, im Gegensatz zu dem stark wetterabhängigen Besucheraufkommen in Bad und Sauna, planbarer. Im Geschäftsjahr gibt es allerdings deutliche Veränderungen bei den gesetzlichen Zulagen und Abgaben auf Erdgas. Durch diese zusätzlichen und unbeeinflussbaren Kosten erhöhen sich die Einkaufskosten. Der BBK kommt dabei noch zu Gute, dass sie einen langfristigen Gasliefervertrag hat und damit zumindest der Gas-Arbeitspreis bis Ende 2025 niedrig und stabil ist. Mit den Fernwärmekunden gibt es langfristige Lieferverträge. Der Fernwärme-Preis selbst besteht aus dem Grundpreis, zahlbar unabhängig vom Verbrauch, und dem Arbeitspreis, der multipliziert mit den Verbrauchsmengen, die Fernwärmerechnung ergeben. Der Arbeitspreis wird bei Bedarf der Entwicklung des Gaspreises und dessen Steuern, Zulagen und Abgaben angepasst. Der Umsatz aus dem Wärmeverkauf beträgt 396 TEUR und ist damit etwa

gleich hoch wie in 2022 (366 TEUR). Der Trend, dass die Verbraucher sich bemühen, sparsam mit Wärme umzugehen, setzt sich somit fort. Im Jahr 2023 gibt es eine Wärmepreis-Bremse. Da der Arbeitspreis der BBK mit 69,77 EUR/Netto pro MWh unter der gesetzlichen Wärmepreisbremse liegt, kommt die Wärmepreisbremse für die Fernwärme der BBK nicht zur Anwendung. Im Geschäftsjahr konnte ein neuer Wärme-Kunde gewonnen werden, der ab 2024 Fernwärme bezieht.

Für die Kur- und Tourist Information gibt es zwei öffentlich-rechtliche Verträge mit der Stadt Bad Lausick. Ein Werbekostenvertrag beauftragt die BBK, Werbung für den Kurort durchzuführen. In einem zweiten Vertrag wird die BBK beauftragt, für die Stadt alle Kur- und Fremdenverkehrsveranstaltungen zu organisieren, durchzuführen sowie die dazu erforderlichen Räumlichkeiten zu bewirtschaften, sowie die Kur- und Tourist Information und das Kurmittelhaus zu betreiben. Beide Verträge sind Jahresverträge, werden für jedes Jahr neu geschlossen und bei Bedarf angepasst. Im Berichtsjahr erwirtschaftet die Tourist Information Erlöse in Höhe von 355 TEUR. Im Vorjahr waren es 309 TEUR.

Das Unternehmen erzielt 2023 Gesamterlöse (inkl. sonst. Erlöse) in Höhe von 6.921 TEUR. Im Jahr 2022 waren es 5.711 TEUR, so dass ein Jahresergebnis von 777 TEUR entsteht (in 2022 777 TEUR). Zum Bilanzstichtag verfügt das Unternehmen über ein Eigenkapital von 6.136 TEUR (Vorjahr 5.358 TEUR).

2. Lage des Unternehmens, Bewertung durch die Geschäftsführung

Freizeitbäder, die nicht im gehobenen Marktsegment mit gutverdienenden Gästen agieren, erhalten in der Regel für den laufenden Betrieb Zuschüsse der Gesellschafter. Obwohl das RIFF nicht im oberen Marktsegment arbeitet und viele Gäste aus prekären Einkommensverhältnissen hat, ist es bisher ohne Gesellschafter-Zuschüsse ausgekommen. Der BBK ist es bisher stets gelungen, alle benötigten Mittel für den Betrieb des Freizeitbades, einschließlich Tilgung der Kredite selbst zu erwirtschaften. Aus diesem Grund ist die BBK in der Bäderbranche als sehr erfolgreich bekannt.

Durch das Alter des Freizeitbades kommt es jedoch zu steigenden Erhaltungs- und Reparaturaufwand. In naher Zukunft muss mit einer Generalmodernisierung begonnen werden. Daher hat die Geschäftsführung zur Vorbereitung der notwendigen Generalmodernisierung Ende 2023 (mit Fördermitteln) ein Modernisierungskonzept beauftragt. Mit den Planungsarbeiten wird Anfang 2024 begonnen.

Zum Bilanzstichtag hat das Unternehmen keine Darlehensschulden gegenüber Dritten. Durch die coronabedingten Zwangsschließungen der letzten Jahre, wurden allerdings die für die

Generalmodernisierung angesparten Eigenmittel, zum Teil zwangsläufig zum Erhalt des Unternehmens eingesetzt.

Positive wirtschaftliche Auswirkungen hat die unternehmerische Beteiligung an der BTR GmbH (BTR) und somit am RIFF-Resort. Die Resort-Gäste sind zusätzliche Gäste für das RIFF. Meist kommen die Resort-Gäste von außerhalb des bisherigen Einzugsbereiches des RIFF's und sind somit echte neue Gäste. Im Berichtsjahr 2023 hat das RIFF-Resort stets eine hohe bis sehr hohe Auslastung. Das RIFF-Resort hat im Berichtsjahr 15.164 Gäste (Vorjahr 14.669). Dies entspricht einer Jahresbelegung von 66,18 % (Vorjahr 62,58 %). Die Zusammenarbeit zwischen RIFF und RIFF-Resort wird mit einem Kooperationsvertrag geregelt.

Die BBK ist ein Dienstleistungsunternehmen. Der wichtigste Faktor für ein erfolgreiches Dienstleistungsunternehmen sind die Mitarbeiter. Der Arbeitskräftemangel kann 2023 im RIFF weitestgehend gestoppt werden. Freie Stellen werden dank intensiver Bemühungen und großer Netzwerke, über kurz oder lang neu besetzt. Allein krankheitsbedingte Ausfälle, führen vorübergehend zu Verkürzungen der Betriebszeiten oder eingeschränkten Angeboten in den gastronomischen Abteilungen. Um die Mitarbeiter zu motivieren und um die Arbeitgeber-Attraktivität weiter zu erhöhen, zahlt die BBK seit August 2023 Sonn- und Feiertagszuschläge. Die damit einhergehenden Mehrausgaben werden durch die Erhöhung des Wochenendzuschlages der RIFF-Eintrittstarife (ab August Erhöhung von 1 EUR auf 2 EUR) kompensiert.

Den allgemein steigenden Kosten Rechnung tragend, erfolgt zum 26. August 2023 eine mit dem Gesellschafter abgestimmte, moderate Erhöhung der RIFF-Eintrittspreise. Sowohl die Eintrittspreissteigerungen, als auch die Erhöhung des Wochenendzuschlages werden von den Besuchern akzeptiert. Die Geschäftsführerin deutet dies als ein gutes Zeichen.

3. Entwicklung, Chancen und Risiken

Der Umbau der Immobilie Bad Lausick, Straße der Einheit 21 zur neuen Tourist-Information mit Verwaltungsräumen und öffentlicher Toilette, ist im Berichtsjahr fast abgeschlossen. Das Hauptgebäude ist nahezu fertig gestellt. Für die Mehrkosten zur vollständigen Fertigstellung ist ein Antrag auf Förderung der Mehrkosten gestellt. Mit dem Fördermittelgeber wird die weitere Vorgehensweise abgestimmt. Die Chancen auf Förderung der Mehrkosten sind jedoch eher gering. Der Umzug der Tourist Information erfolgt Mitte 2024. Das dadurch freiwerdende Gebäude soll zukünftig vermietet werden. Die Stadt hat Interesse bekundet, das Gebäude als Bibliothek zu nutzen. Dazu ist die Geschäftsführerin im Austausch mit den dafür Verantwortlichen.

Da der B-Plan für das Projekt „Generationenpark Bad Lausick“ immer noch nicht fertiggestellt ist, hat die KAPPIS-Gruppe die BBK erneut um Zahlungsfristverlängerung für den Kaufpreis des Grundstücks gebeten. Am 1. März 2023 erfolgt zu diesem Kaufvertrag ein 2. Nachtrag, mit Fristverlängerung bis zum 31.12.2023. Am 20. Nov 2023 erfolgt zum Kaufvertrag ein 3. Nachtrag, mit Fristverlängerung bis zum 31.12.2024. Seit dem 1. April 2023 zahlt Herr Kappis 1,0 % p.a. Zinsen auf die Restkaufsumme von 1.934 TEUR.

Zu den aktuellen Risiken gehören die anhaltend hohe Inflation, die gesetzliche Verteuerung fossiler Brennstoffe (Gas) und das zunehmende Alter des Freizeitbades.

Die Material-Preise haben ihren Höhepunkt erreicht und verharren auf hohem Niveau. Der Preis für die Arbeitsstunden der Fachfirmen hingegen steigen weiterhin und erreichen ein Rekord-Hoch. Der Fachkräftemangel hat zur Folge, dass es zunehmend schwierig ist, trotz der hohen Preise, ausführende Firmen zu finden. Das bestehende Netzwerk zu Fachfirmen wird durch den Generationenwechsel geschwächt. Bisherige gute Beziehungen zu Fachfirmen brechen dadurch ein. Es bleibt abzuwarten, ob die Fachfirmen den Generationenwechsel meistern und ob es, wenn erforderlich ist, gelingt, neue Firmen zu finden.

Positiv für das Unternehmen ist der bis Ende 2025 bestehende Gasvertrag mit einem sehr günstigen Gasarbeitspreis. Dies wirkt sich weiterhin erfreulich auf das Betriebsergebnis aus. Ende des Berichtsjahres gibt es Bewegung im langfristigen Gasbeschaffungsmarkt. Zur langfristigen Sicherung der Gasversorgung und eines attraktiven Gaspreises, wurde Anfang 2024 ein neuer Gasversorgungsvertrag für die Jahre 2026/2027 mit den Stadtwerken Leipzig abgeschlossen. Auch für die Energieversorgung ab 2025 bis 2027 wurde in 2024 ein Versorgungsvertrag mit der EnviaM vereinbart.

Am 9. 1. 2023 hat die BBK von der Sächsischen Agentur für Strukturentwicklung (SAS) die positive Bestätigung zum Antrag des eingereichten Strukturwandel-Projektes „Bad Lausick – Erweiterung Kurstandort um Kneipp-Kurzentrum sowie Gradierwerk“ erhalten. Das Projekt wird damit als grundsätzlich förderfähig und förderwürdig eingeschätzt. Das Verfahren sieht als nächsten Schritt eine Fördermittelantragsstellung bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) vor. Daher sind im Berichtsjahr die dafür notwendigen Planungsarbeiten aller drei Teilprojekte (Kurmittelhaus, Gradierwerk, Raum der Begegnung) ausgeschrieben und Aufträge dazu ausgelöst. Die umfangreichen Planungsarbeiten und einhergehenden Kostenberechnungen sind Ende des Berichtsjahres abgeschlossen und der Förderantrag am 15. Januar 2024 bei der SAB fristgerecht gestellt. Das Ergebnis der Kostenberechnungen beträgt Gesamt Netto 9.565 TEUR. Die Förderquote beträgt 92,5%. Der notwendige Eigenanteil beläuft sich auf 717 TEUR. Der Bauantrag für das Kurmittelhaus ist am 21.12.2023 beim Landratsamt eingereicht. Wenn der Fördermittelantrag von

der SAB positiv beschieden wird, ist es notwendig, mit den Arbeiten umgehend zu beginnen. Denn das Gesamtprojekt muss bis Ende 2026 fertig gestellt sein. Den Betrieb des Kneipp-Kurzentrum und des Gradierwerkes muss die Stadt mit der BBK noch vertraglich regeln. Dazu sind vor Fertigstellung des Projektes Verträge zu schließen.

Per Beschluss gestattet der Stadtrat der BBK, die übrigen 75,1% Geschäftsanteile der Bad Lausicker Thermenresort GmbH (BTR) zu kaufen. Alle BTR-Gesellschafter sind bereit, am 5. März 2024, ihre Anteile an die BBK zu einem Preis von 1.502 TEUR zu verkaufen. Damit hat die BBK die Chance, die Zusammenarbeit beider Unternehmen weiter zu optimieren und das Strukturwandel-Projekt durchführbar zu machen. Die BTR soll als Tochterunternehmen fortgeführt werden.

Das Freizeitbad RIFF besitzt ein gutes Image und eine gute Marksituation. Es bestehen keine Bankkredite. Die BBK GmbH arbeitet stets daran, dass das RIFF auch weiterhin zu den führenden Bädern Sachsens gehört, sich Bad Lausick als aufstrebender Kurort entwickelt und als solcher wahrgenommen wird. Auch in den Bestrebungen, Bad Lausick als Kneipp-Kurort zu etablieren, unterstützt die BBK die Stadt aktiv. Das zunehmende Alter des Freizeitbades und die sich verändernde Transformation der Energie-Wärmepolitik stellen für das Unternehmen sowohl Risiko, als auch Chance dar.

Durch den langfristigen Gasvertrag, die Mehreinnahmen aus den Eintritten und die Kaufpreiszahlung der Kappis-Gruppe ist die Unternehmensperspektive gesichert. Es besteht aktuell keine akute Existenzgefahr.

4. RIFF-Generalmodernisierung, Energie-Wärmekonzept der Zukunft

Damit das RIFF zukunftsfähig bleibt und weiter zu den führenden Bädern Sachsens gehört, wird ein Modernisierungskonzept zur Vorbereitung für die notwendige Generalmodernisierung erstellt. Da in den Corona-Jahren das Eigenkapital zum Erhalt des Unternehmens verbraucht wurde, ist die Generalmodernisierung nur mit einer hohen Förderung durchführbar. Bedenklich ist die aktuelle Situation hinsichtlich der Fördermittelpolitik. Die Beschaffung notwendiger Finanzen zur Durchführung der notwendigen Generalmodernisierung wird daher die allerwichtigste Zukunftsaufgabe der Geschäftsleitung.

Durch den Gesetzgeber ist vorbestimmt, dass neben der Modernisierung auch die nachhaltige Energie- und Wärmeversorgung der Zukunft geplant werden muss. Der Anteil erneuerbarer Energie ist erheblich zu steigern und muss im RIFF bis Ende 2034 mind. 30% betragen (2040 mind. 80%).

Daher beschäftigt sich die Geschäftsleitung mit den Möglichkeiten der erneuerbaren Energie. Auch hier stellt sich die Frage, wie die damit verbundenen erheblichen Investitionen finanziert werden können.

5. Beteiligungen

Die BBK hat im Berichtsjahr eine 24,9%ige Beteiligung an der BTR Bad Lausicker Thermenresort GmbH (BTR). Über die Dividende hinaus, bringt die BTR dem RIFF mehr Gäste und mehr Umsatz. Diese Beteiligung ist sehr erfolgreich. Die BTR wurde 2015 gegründet und hat ihren Sitz in Bad Lausick.

Die 100%ige Tochtergesellschaft, die Deutsche Bläserakademie GmbH, Bad Lausick, hingegen, hat in Folge der Kulturförderpolitik in Sachsen, finanzielle Schwierigkeiten. Zur Aufrechterhaltung des Konzertbetriebes unterstützt die BBK daher das Tochterunternehmen in 2023/2024 mit Zuschüssen von insgesamt 100 TEUR. Bis Ende 2024 besteht keine Existenzgefahr. Die Tochtergesellschaft ist 2001 aus dem ehemaligen Rundfunk-Blasorchester Leipzig entstanden.

6. Sonstige Angaben

Die BBK GmbH unterhält keine Zweigniederlassungen und betreibt keine eigene Forschung und Entwicklung.

Bad Lausick, 07. Juni 2024

Annett Koza - Geschäftsführerin

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH, Bad Lausick:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH, Bad Lausick, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH, Bad Lausick, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrates für den Jahresabschluss

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichtes, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss im Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichtes in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen im Einklang steht, den deutschen gesetzlichen

Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichtes getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Die Website des Instituts der Wirtschaftsprüfer (IDW) enthält unter <https://www.idw.de/idw/verlautbarungen/bestaetigungsvermerk/hgb-ja-non-pie> eine weitergehende Beschreibung der Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Diese Beschreibung ist Bestandteil unseres Bestätigungsvermerks.

MSW PARTNERS GMBH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
München - Regensburg

München, den 26. Juni 2024



Markus Münch
Wirtschaftsprüfer



Bei Veröffentlichungen oder Weitergabe des Jahresabschlusses und/oder des Lageberichts in einer von der bestätigten Fassung abweichenden Form (einschließlich der Übersetzung in andere Sprachen) bedarf es zuvor unserer erneuten Stellungnahme, sofern hierbei unser Bestätigungsvermerk zitiert oder auf unsere Prüfung hingewiesen wird; wir weisen insbes. auf § 328 HGB hin.

Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz

Fragenkreis 1: Tätigkeit von Überwachungsorganen und Geschäftsleitung sowie individualisierte Offenlegung der Organbezüge

- a) Gibt es Geschäftsordnungen für die Organe und einen Geschäftsverteilungsplan für die Geschäftsleitung sowie ggf. für die Konzernleitung? Gibt es darüber hinaus schriftliche Weisungen des Überwachungsorgans zur Organisation für die Geschäfts- sowie ggf. für die Konzernleitung (Geschäftsanweisung)? Entsprechen diese Regelungen den Bedürfnissen des Unternehmens bzw. des Konzerns?**

Die Zuständigkeiten der Gesellschafterversammlung, des Aufsichtsrates und der Geschäftsführung ergeben sich aus dem Gesellschaftsvertrag sowie dem Anstellungsvertrag des Geschäftsführers (§ 2 Genehmigungsbedürftige Geschäfte). Ein gesonderter Geschäftsverteilungsplan liegt nicht vor, jedoch ein Organigramm für die Zuständigkeiten.

Die BBK hält sämtliche Geschäftsanteile an der Deutsche Bläserakademie GmbH. Eine gesetzliche Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses und eines Konzernlageberichtes besteht nicht, da die Größenkriterien des § 293 HGB unterschritten werden. Regelungen zur Konzernleitung bestehen nicht, da die Tochtergesellschaft ein gänzlich anderes Betätigungsfeld hat. Die Geschäftsanteile werden für die Stadt Bad Lausick gehalten. Eine Finanzierung über die BBK erfolgt nicht, es erfolgen auch keine Ausschüttungen an die BBK.

Die Einbindung des Überwachungsorgans erscheint nach den während der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen sachgerecht. Die Regelungen entsprechen unserer Einschätzung nach den Bedürfnissen des Unternehmens.

- b) Wie viele Sitzungen der Organe und ihrer Ausschüsse haben stattgefunden und wurden Niederschriften hierüber erstellt?**

Im Geschäftsjahr 2023 kam der Aufsichtsrat zu fünf Sitzungen (20. März, 12. Juni, 20. August, 17. Oktober und 5. Dezember) und die Gesellschafterversammlung zu drei Sitzungen (13. April, 4. September und 2. Oktober) zusammen. Die Sitzungen und Beschlüsse werden schriftlich protokolliert.

- c) In welchen Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien i. S. d. § 125 Abs. 1 Satz 5 AktG sind die einzelnen Mitglieder der Geschäftsleitung tätig?**

Die Geschäftsführerin Frau Annett Koza ist Mitglied im Aufsichtsrat der Leipziger Volksbank eG und in der Revisionskommission der EWA European Waterpark Association e.V., Nürnberg.

- d) Wird die Vergütung der Organmitglieder (Geschäftsleitung, Überwachungsorgan) individualisiert im Anhang des Jahresabschlusses/Konzernabschlusses aufgeteilt nach Fixum, erfolgsbezogenen**

Komponenten und Komponenten mit langfristiger Anreizwirkung ausgewiesen? Falls nein, wie wird dies begründet?

Dies geschieht nicht, da es sich nicht um ein börsennotiertes Unternehmen handelt. Auf die Angabe der Geschäftsführerbezüge wird nach § 286 Abs. 4 HGB verzichtet. Die Aufwandsentschädigungen des Aufsichtsrates werden in einer Summe angegeben.

Fragenkreis 2: Aufbau- und ablauforganisatorische Grundlagen

a) Gibt es einen den Bedürfnissen des Unternehmens entsprechenden Organisationsplan, aus dem Organisationsaufbau, Arbeitsbereiche und Zuständigkeiten/Weisungsbefugnisse ersichtlich sind? Erfolgt dessen regelmäßige Überprüfung?

Für die BBK liegt ein Organigramm vor. Für das RIFF gibt es ein Betriebshandbuch, welches regelmäßig aktualisiert wird, zuletzt am 29. Dezember 2023 hinsichtlich des Mitarbeiteressens im Riff. Darin sind die verbindlichen Ablaufbeschreibungen, Unterschriftenregelungen und Vertretungsregelungen schriftlich dargelegt. Daneben existieren noch mündliche Anweisungen und Arbeitsabläufe aufgrund betrieblicher Übung. Für die leitenden Mitarbeiter der Verwaltung und des Freizeitbades liegen jeweils Stellenbeschreibungen vor. Bis zum Ausscheiden des Altgeschäftsführers gab es für die Aufgabenverteilung zwischen den beiden Geschäftsführern einen Geschäftsverteilungsplan, der vom Aufsichtsrat genehmigt wurde. In Anbetracht der Größe der Gesellschaft sind weitergehende schriftliche Regelungen entbehrlich. Nach den vorliegenden Regelungen wird verfahren und es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung durch die Geschäftsführerin.

Daneben gibt es eine Risikobeurteilung für das RIFF, die von den Geschäftsführern in unregelmäßigen Abständen überprüft wird.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird?

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zu Frage 2a). Im Rahmen unserer handelsrechtlichen Prüfung des Jahresabschlusses haben sich keine Hinweise ergeben, dass nicht nach dem Organisationsplan verfahren wird.

c) Hat die Geschäftsleitung Vorkehrungen zur Korruptionsprävention ergriffen und dokumentiert?

Die Geschäftsführerin hat u. a. durch die Unterschriftenregelung („Vier-Augen-Prinzip“) Vorkehrungen zur Korruptionsbekämpfung getroffen. Entsprechende Anweisungen werden regelmäßig aktualisiert. Wesentliche Entscheidungen werden im Aufsichtsrat erörtert.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen zu Frage 2a).

- d) Gibt es geeignete Richtlinien bzw. Arbeitsanweisungen für wesentliche Entscheidungsprozesse (insbesondere Auftragsvergabe und Auftragsabwicklung, Personalwesen, Kreditaufnahme und –gewährung)? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass diese nicht eingehalten werden?**

Richtlinien für wesentliche Entscheidungsprozesse liegen in Form des Gesellschaftsvertrages und des Geschäftsführeranstellungsvertrages vor. Wichtig für die Entscheidungsprozesse sind hierbei insbesondere die Vorgaben zur Erstellung des Wirtschaftsplans. Es besteht ein Organigramm, das die Aufgabengebiete der einzelnen Mitarbeiter beschreibt. Weiterhin verweisen wir auf die Ausführungen zur Frage 2a).

Für das RIFF existiert darüberhinaus das Betriebshandbuch, das sämtliche schriftliche Arbeitsanweisungen für das Kur- und Freizeitbad beinhaltet.

Es haben sich im Rahmen unserer Prüfung keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Richtlinien nicht eingehalten wurden.

- e) Besteht eine ordnungsgemäße Dokumentation von Verträgen (z. B. Grundstücksverwaltung, EDV)?**

Die Verträge sind ordnungsgemäß dokumentiert und konnten auf Anforderung vorgelegt werden. Die Ablage erfolgt bei der Geschäftsführung.

Fragenkreis 3: Planungswesen, Rechnungswesen, Informationssystem und Controlling

- a) Entspricht das Planungswesen – auch im Hinblick auf Planungshorizont und Fortschreibung der Daten sowie auf sachliche und zeitliche Zusammenhänge von Projekten – den Bedürfnissen des Unternehmens?**

Die Geschäftsführerin erstellt jährlich einen Wirtschaftsplan einschließlich des fünfjährigen Finanzplans. Die Planung erfolgt im laufenden Geschäftsjahr für das Folgejahr. Der Entwurf wird in der letzten Aufsichtsratssitzung des laufenden Jahres verteilt und erläutert. Die Beratung und Beschlussfassung über den Wirtschaftsplan 2023 erfolgte in der ersten Sitzung des neuen Jahres, für am 20. März 2023 und für den Wirtschaftsplan des Jahres 2024 in der letzten Sitzung des alten Jahres am 5. Dezember 2023.

Das Planungswesen entspricht den Bedürfnissen der Gesellschaft.

- b) Werden Planabweichungen systematisch untersucht?**

Die Geschäftsführer geben zu jeder Aufsichtsratssitzung einen Zwischenbericht zu eventuell auftretenden Planabweichungen. Hieraus gewonnene Erkenntnisse gehen in die Folgeplanung (nächstes Wirt-

schaftsjahr) ein. Eine Aktualisierung des laufenden Wirtschaftsplans erfolgt nicht automatisch, sondern nur aus gegebenem Anlass.

c) Entspricht das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens?

Das Rechnungswesen einschließlich der Kostenrechnung entspricht der Größe und den besonderen Anforderungen des Unternehmens.

Für Zwecke der Aufteilung der Kosten und für betriebswirtschaftliche Entscheidungen in den Bereichen Kur- und Freizeitbad, Kurverwaltung und Bau (Kursondergebiet und Straße der Einheit 19) liefert die Kostenstellenrechnung die notwendigen Angaben.

d) Besteht ein funktionierendes Finanzmanagement, welches u. a. eine laufende Liquiditätskontrolle und eine Kreditüberwachung gewährleistet?

Es wird eine monatliche Liquiditätskontrolle durch die Geschäftsführerin vorgenommen. Während des Monats werden die Liquiditätszugänge täglich anhand der Besucherstatistik des Kur- und Freizeitbades nachvollzogen. Die langfristige Liquiditätssteuerung erfolgt in Abstimmung mit dem Wirtschaftsplan. Die Kreditüberwachung erfolgt durch die kaufmännische Mitarbeiterin. Die Barkassen werden regelmäßig durch die Buchhaltung und die Geschäftsführerin unangemeldet kontrolliert.

e) Gehört zu dem Finanzmanagement auch ein zentrales Cash-Management und haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die hierfür geltenden Regelungen nicht eingehalten worden sind?

Da es sich nur um ein Unternehmen handelt, ist die Relevanz eines zentralen Cash-Managements nicht gegeben. Für die einzige Tochtergesellschaft erfolgt - auch aufgrund der Verschiedenheit des Geschäftes - kein zentrales Cash-Management.

f) Ist sichergestellt, dass Entgelte vollständig und zeitnah in Rechnung gestellt werden? Ist durch das bestehende Mahnwesen gewährleistet, dass außenstehende Forderungen zeitnah und effektiv eingezogen werden?

Die Eintrittsgelder für das Kur- und Freizeitbad werden in bar oder über Kartenzahlung erhoben. Für die verkaufte Fernwärme werden im Jahr elf gleich hohe Abschläge angefordert. Auf Grund der Versorgungszyklen (Heizperiode i. d. R. Oktober bis April) kann der für die Betreibung des BHKW notwendige Gasbezug in diesen Monaten nur teilweise durch die Anzahlungen finanziert werden. Die BBK tritt dadurch in Vorlage, bekommt diese jedoch durch die Folgeabschläge ab Mai jedoch ratierlich erstattet. Die Schlussrechnung erfolgt im Januar des folgenden Jahres auf Basis der zum 31. Dezember abgelesenen Zählerstände.

g) Entspricht das Controlling den Anforderungen des Unternehmens/Konzerns und umfasst es alle wesentlichen Unternehmens-/Konzernbereiche?

Eine eigenständige Controllingabteilung ist nicht eingerichtet. Die Aufgaben werden von der Geschäftsführerin wahrgenommen. Insbesondere im Bereich des Marketings werden die diversen Aktivitäten nach Möglichkeit auf ihre Wirkung hin untersucht. So wird sporadisch bei eingelösten Gutscheinen (Freikarten) registriert, wo die Ausgabe erfolgte.

Entsprechend der Art und des Umfangs der Geschäftigkeit der Gesellschaft entsprechen die Controllingtätigkeiten den Anforderungen des Unternehmens.

h) Ermöglichen das Rechnungs- und Berichtswesen eine Steuerung und/oder Überwachung der Tochterunternehmen und der Unternehmen, an denen eine wesentliche Beteiligung besteht?

Die BBK hält sämtliche Geschäftsanteile an der Deutsche Bläserakademie GmbH, Bad Lausick, und 24,9 % der Geschäftsanteile an der Bad Lausicker Thermenresort GmbH, Bad Lausick. Da die Geschäftsfelder der BBK und der Tochtergesellschaft stark differieren und die BBK keine finanziellen Verpflichtungen für ihre Tochtergesellschaft übernimmt, erfolgt keine Steuerung der Tochtergesellschaft durch die BBK. Der Beteiligungsansatz der Deutsche Bläserakademie GmbH, Bad Lausick, wurde im Geschäftsjahr 2018 auf € 1 abgeschrieben, da von der Tochtergesellschaft keine Ergebnisbeiträge zu erwarten sind. Bei der Bad Lausicker Thermenresort GmbH, Bad Lausick, nimmt die BBK über Ihre Geschäftsführerin Einfluss in ihrem Sinne.

Fragenkreis 4: Risikofrüherkennungssystem

- a) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung nach Art und Umfang Frühwarnsignale definiert und Maßnahmen ergriffen, mit deren Hilfe bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können?**
- b) Reichen diese Maßnahmen aus und sind sie geeignet, ihren Zweck zu erfüllen? Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Maßnahmen nicht durchgeführt werden?**
- c) Sind diese Maßnahmen ausreichend dokumentiert?**
- d) Werden die Frühwarnsignale und Maßnahmen kontinuierlich und systematisch mit dem aktuellen Geschäftsumfeld sowie mit den Geschäftsprozessen und Funktionen abgestimmt und angepasst?**

Die BBK hat keine gesetzliche Pflicht zur Errichtung eines Risikomanagements, da sie nicht kapitalmarktorientiert im Sinne des § 264 d HGB ist.

Trotzdem hat sie sich ein Risikofrüherkennungssystem geschaffen, mit dem anhand einer Risikomatrix die unterschiedlichsten Risiken auf Eintrittswahrscheinlichkeit und Auswirkungen hin untersucht werden. Frühwarnsignale wurden für die finanziell größten Risiken festgelegt. Für jedes Risiko wurde eine Risikostrategie festgelegt. Die Matrix wird vom Geschäftsführer in unregelmäßigen Abständen aktualisiert. Der Aufsichtsrat erhält den aktuellen Sachstand zur Kenntnis.

Die festgelegten Maßnahmen sind ausreichend dokumentiert und im Hinblick auf die Größenordnung der Gesellschaft nach meinen Feststellungen geeignet, Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, frühzeitig zu erkennen.

Fragenkreis 5: Finanzinstrumente; andere Termingeschäfte, Optionen und Derivate

- a) Hat die Geschäfts- /Konzernleitung den Geschäftsumfang zum Einsatz von Finanzinstrumenten sowie von anderen Termingeschäften Optionen und Derivaten schriftlich festgelegt? Dazu gehört:
- Welche Produkte/Instrumente dürfen eingesetzt werden?
 - Mit welchen Partnern dürfen die Produkte/Instrumente bis zu welchen Beträgen eingesetzt werden
 - Wie werden die Bewertungseinheiten definiert und dokumentiert und in welchem Umfang dürfen offene Posten entstehen?
 - Sind die Hedge-Strategien beschrieben, z. B. ob bestimmte Strategien ausschließlich zulässig sind bzw. bestimmte Strategien nicht durchgeführt werden dürfen (z. B. antizipatives Hedging)?
- b) Werden Derivate zu anderen Zwecken eingesetzt als zur Optimierung von Kreditkonditionen und zur Risikobegrenzung?
- c) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung ein dem Geschäftsumfang entsprechendes Instrumentarium zur Verfügung gestellt insbesondere in Bezug auf
- Erfassung der Geschäfte
 - Beurteilung der Geschäfte zum Zweck der Risikoanalyse
 - Bewertung der Geschäfte zum Zweck der Rechnungslegung
 - Kontrolle der Geschäfte?
- d) Gibt es eine Erfolgskontrolle für nicht der Risikoabsicherung (Hedging) dienende Derivatgeschäfte und werden Konsequenzen aufgrund der Risikoentwicklung gezogen?
- e) Hat die Geschäfts-/Konzernleitung angemessene Arbeitsanweisungen erlassen?
- f) Ist die unterjährige Unterrichtung der Geschäfts-/Konzernleitung im Hinblick auf die offenen Positionen, die Risikolage und die ggf. zu bildenden Vorsorgen geregelt?

Die Beantwortung des Fragenkreises erfolgt - da nicht einschlägig - in zusammengefasster Form:

Es wurden im Berichtsjahr keine Finanzinstrumente, etc. eingesetzt. Es besteht lediglich ein alter Bau-sparvertrag, der im weitesten Sinne unter diese Begrifflichkeit fallen könnte.

Fragenkreis 6: Interne Revision

- a) Gibt es eine den Bedürfnissen des Unternehmens/Konzerns entsprechende Interne Revision/Konzernrevision? Besteht diese als eigenständige Stelle oder wird diese Funktion durch eine andere Stelle (ggf. welche?) wahrgenommen?
- b) Wie ist die Anbindung der Internen Revision/Konzernrevision im Unternehmen/Konzern? Besteht bei Ihrer Tätigkeit die Gefahr von Interessenkonflikten?
- c) Welches waren die wesentlichen Tätigkeitsschwerpunkte der Internen Revision/Konzernrevision im Geschäftsjahr? Wurde auch geprüft, ob wesentlich miteinander unvereinbare Funktionen (z. B. Trennung von Anweisung und Vollzug) organisatorisch getrennt sind? Wann hat die Interne Revision das letzte Mal über Korruptionsprävention berichtet? Liegen hierüber schriftliche Revisionsberichte vor?
- d) Hat die Interne Revision ihre Prüfungsschwerpunkte mit dem Abschlussprüfer abgestimmt?
- e) Hat die Interne Revision/Konzernrevision bemerkenswerte Mängel aufgedeckt und um welche handelt es sich?
- f) Welche Konsequenzen werden aus den Feststellungen und Empfehlungen der Internen Revision/Konzernrevision gezogen und wie kontrolliert die Interne Revision/Konzernrevision die Umsetzung ihrer Empfehlungen?

Die Beantwortung des Fragenkreises erfolgt in zusammengefasster Form:

Aufgrund der Größe und Personalausstattung der Gesellschaft ist eine Interne Revision als eigenständige Stelle nicht eingerichtet und wirtschaftlich nicht angemessen.

Fragenkreis 7: Übereinstimmung der Rechtsgeschäfte und Maßnahmen mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans

- a) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die vorherige Zustimmung des Überwachungsorgans zu zustimmungspflichtigen Rechtsgeschäften und Maßnahmen nicht eingeholt worden ist?

Die zustimmungsbedürftigen Rechtsgeschäfte sind in der Satzung sowie in dem Geschäftsführeranstellungsvertrag geregelt. Nach unseren Feststellungen sind alle wesentlichen Vorgänge im Berichtsjahr dem Aufsichtsrat zur Beschlussfassung oder Kenntnisnahme vorgelegt worden. Die Vorlagen waren ausreichend begründet.

b) Wurde vor der Kreditgewährung an Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans die Zustimmung des Überwachungsorgans eingeholt?

Es wurden keine Kredite an die Mitglieder der Geschäftsleitung oder an Mitglieder des Überwachungsorgans gewährt.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind (z. B. Zerlegung in Teilmaßnahmen)?

Es ergaben sich keine Anhaltspunkte, dass anstelle zustimmungsbedürftiger Maßnahmen ähnliche, aber nicht als zustimmungsbedürftig behandelte Maßnahmen vorgenommen worden sind.

d) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsordnung, Geschäftsanweisung und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen?

Nach unseren Feststellungen haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Geschäfte und Maßnahmen nicht mit Gesetz, Satzung, Geschäftsführeranstellungsvertrag und bindenden Beschlüssen des Überwachungsorgans übereinstimmen. Die Entlastung der Aufsichtsräte einschließlich des Vorsitzenden wird im Stadtrat der Stadt Bad Lausick beschlossen. Der Bürgermeister, der auch Aufsichtsratsvorsitzender ist, erhält daraufhin das Mandat, entsprechend dem Willen des Stadtrates eine Gesellschafterversammlung durchzuführen und den Aufsichtsrat zu entlasten. Infolgedessen liegt unseres Erachtens kein Verstoß gegen das Selbstkontrahierungsverbot vor.

Fragenkreis 8: Durchführung von Investitionen

a) Werden Investitionen (in Sachanlagen, Beteiligungen, sonstige Finanzanlagen, immaterielle Anlagewerte und Vorräte) angemessen geplant und vor Realisierung auf Rentabilität / Wirtschaftlichkeit, Finanzierbarkeit und Risiken geprüft?

Die Finanzierbarkeit von Investitionen wird vor Realisierung geprüft. Dieses ist insbesondere im Zusammenhang mit der Beantragung von Fördermitteln unerlässlich. Für Grundstückskäufe ist zudem die Zustimmung des Aufsichtsrates notwendig.

b) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Unterlagen/Erhebungen zur Preisermittlung nicht ausreichend waren, um ein Urteil über die Angemessenheit des Preises zu ermöglichen (z. B. bei Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken oder Beteiligungen)?

Es werden grundsätzlich Vergleichsangebote eingeholt. Projektplanungen erfolgen durch externe Ingenieurbüros, die Vergütung erfolgt entsprechend HOAI. Ausschreibungen erfolgen durch die Geschäftsführung entsprechend den Vorgaben der VOB.

c) Werden Durchführung, Budgetierung und Veränderungen von Investitionen laufend überwacht und Abweichungen untersucht?

Im Rahmen der laufenden Plan-Ist-Betrachtungen wird von der Geschäftsführung jeweils auch der Investitionsstand überwacht und Abweichungen untersucht.

d) Haben sich bei abgeschlossenen Investitionen wesentliche Überschreitungen ergeben? Wenn ja, in welcher Höhe und aus welchen Gründen?

Die sich abzeichnenden Kostensteigerungen für die Touristinformation / Firmenzentrale / Kurhaus werden dadurch kompensiert, dass vorläufig nur der erste Bauabschnitt realisiert wird.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden?

Nach unseren Feststellungen bestehen keine Anhaltspunkte, dass Leasing- oder vergleichbare Verträge nach Ausschöpfung der Kreditlinien abgeschlossen wurden.

Fragenkreis 9: Vergaberegelungen

a) Haben sich Anhaltspunkte für eindeutige Verstöße gegen Vergaberegelungen (z. B. VOB, VOL, VOF, EU-Regelungen) ergeben?

Die während der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse geben keine Rückschlüsse auf Verstöße gegen die Vergaberegelungen.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen zu Frage 8b).

b) Werden für Geschäfte, die nicht den Vergaberegelungen unterliegen, Konkurrenzangebote (z. B. auch für Kapitalaufnahmen und Geldanlagen) eingeholt?

Die Einholung von Konkurrenzangeboten vor Auftragsvergabe wird durch die Geschäftsführung oder beauftragte Spezialisten (Planungsbüros) vorgenommen.

Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen zu Frage 8b).

Fragenkreis 10: Berichterstattung an das Überwachungsorgan

a) Wird dem Überwachungsorgan regelmäßig Bericht erstattet?

Im Berichtsjahr fanden drei Gesellschafterversammlungen und fünf Aufsichtsratssitzungen statt. Zudem wurden die Gesellschafterin und der Aufsichtsrat, beide vertreten durch den Bürgermeister, durch laufende Abstimmungen informiert. Frau Annett Koza nimmt an jeder Stadtratssitzung und Aufsichtsratssitzung teil.

b) Vermitteln die Berichte einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage des Unternehmens/Konzerns und in die wichtigsten Unternehmens /Konzernbereiche?

Die vorgelegten Berichte vermitteln – soweit wir dies anhand der Unterlagen beurteilen konnten - einen zutreffenden Einblick in die wirtschaftliche Lage.

c) Wurde das Überwachungsorgan über wesentliche Vorgänge angemessen und zeitnah unterrichtet? Liegen insbesondere ungewöhnliche, risikoreiche oder nicht ordnungsgemäß abgewickelte Geschäftsvorfälle sowie erkennbare Fehldispositionen oder wesentliche Unterlassungen vor und wurde hierüber berichtet?

Die Berichterstattung im Jahr 2023 kann nach unseren Erkenntnissen für angemessen erachtet werden.

Ungewöhnliche oder risikoreiche Geschäftsvorfälle des Geschäftsjahres sowie erkennbare Fehldispositionen und wesentliche Unterlassungen wurden im Rahmen unserer Prüfung nicht festgestellt.

Nach 2 Jahren coronabedingter Verluste hat die Gesellschaft wieder ein positives Ergebnis erwirtschaftet. Von dem Ergebnis vor Ertragsteuern in Höhe von T€ 1049 entfallen dabei T€ 141 auf Gewinne aus Grundstückverkäufen.

d) Zu welchen Themen hat die Geschäfts-/Konzernleitung dem Überwachungsorgan auf dessen besonderen Wunsch berichtet (§ 90 Abs. 3 AktG)?

Im Geschäftsjahr wurden als besonderen Themenwünsche in den Aufsichtsratssitzungen die Möglichkeit der Anschaffung einer Windkraftanlage zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes und die Unterstützung der Tochtergesellschaft bei der Generierung weiterer Zuschüsse behandelt.

e) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Berichterstattung (z. B. nach § 90 AktG oder unternehmensinternen Vorschriften) nicht in allen Fällen ausreichend war?

Nach unseren Feststellungen aufgrund der vorgelegten Unterlagen war die Berichterstattung ausreichend.

f) Gibt es eine D&O-Versicherung? Wurde ein angemessener Selbstbehalt vereinbart? Wurden Inhalt und Konditionen der D&O-Versicherung mit dem Überwachungsorgan erörtert?

Die Gesellschaft ist bei der OKV- Ostdeutsche Kommunalversicherung auf Gegenseitigkeit, Berlin, durch eine D&O-Versicherung in Höhe von T€ 500 versichert. Versichert sind die Geschäftsführerin und der Aufsichtsrat. Ein Selbstbehalt des Versicherungsnehmers wurde nicht vereinbart. Inhalt und Konditionen der Versicherung wurden mit dem Überwachungsorgan erörtert.

g) Sofern Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung oder des Überwachungsorgans gemeldet wurden, ist dies unverzüglich dem Überwachungsorgan offen gelegt worden?

Nach unseren Feststellungen bestehen keine Interessenkonflikte der Mitglieder der Geschäftsleitung und des Überwachungsorgans.

Fragenkreis 11: Ungewöhnliche Bilanzposten und stille Reserven

a) Besteht in wesentlichem Umfang offenkundig nicht betriebsnotwendiges Vermögen?

Nach den in der Jahresabschlussprüfung gewonnenen Erkenntnissen ist das gesamte Vermögen der Gesellschaft, bis auf die zum Verkauf stehenden Grundstücke, die unter den Vorräten ausgewiesen werden, grundsätzlich betriebsnotwendig. Der mögliche Abverkauf der zum Verkauf bestimmten Grundstücke hängt im Wesentlichen von der Entwicklung des Immobilienmarktes in Bad Lausick und der Fortschreibung des Bebauungsplanes ab. Ein Teil des Baulandes konnte nach einer Umplanung zum Baurecht für Eigenheime im Jahr 2018 verkauft werden und zwei weitere Grundstücke im Jahr 2021 mit Übergang von Nutzen und Lasten in 2022. Daneben wurde in 2021 ein Grundstückkaufvertrag in Abhängigkeit von der Genehmigung der B-Plan-Änderung abgeschlossen. Hier wurde die aufschiebende Bedingung bis zum 31. Dezember 2024 verlängert und steht zum Prüfungszeitpunkt noch aus.

b) Sind Bestände auffallend hoch oder niedrig?

Es bestehen keine auffallend hohen oder niedrigen Bestände.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst wird?

Nach unseren Feststellungen haben sich keine Anhaltspunkte ergeben, dass die Vermögenslage durch im Vergleich zu den bilanziellen Werten erheblich höhere oder niedrigere Verkehrswerte der Vermögensgegenstände wesentlich beeinflusst ist. Im Einzelfall kann es bei Grundstücksverkäufen zu Buchgewinnen kommen.

Fragenkreis 12: Finanzierung

- a) Wie setzt sich die Kapitalstruktur nach internen und externen Finanzierungsquellen zusammen? Wie sollen die am Abschluss-Stichtag bestehenden wesentlichen Investitionsverpflichtungen finanziert werden?**

Das Eigenkapital beträgt T€ 6.136. Die Errichtung des RIFF wurde zu großen Teilen mit Fördermitteln finanziert. Auch eine langfristig geplante Generalsanierung wird vorraussichtlich zu großen Teilen gefördert werden. Ziel des Unternehmens ist, bis dahin die notwendigen Eigenmittel angesammelt zu haben. Die aktuellen und geplanten Bauvorhaben sollen ebenfalls zu großen Teilen mit Fördermitteln finanziert werden. Zum Teil sind die Fördermittel bereits geflossen und in einem Sonderposten passiviert.

- b) Wie ist die Finanzlage des Konzerns zu beurteilen, insbesondere hinsichtlich der Kreditaufnahmen wesentlicher Konzerngesellschaften?**

Die Finanzlage der BBK ist als solide einzustufen. Das verbundene Unternehmen ist keine wesentliche Konzerngesellschaft und wird überwiegend durch öffentliche Zuschüsse finanziert.

- c) In welchem Umfang hat das Unternehmen Finanz-/Fördermittel einschließlich Garantien der öffentlichen Hand erhalten?**

Das Kur- und Freizeitbad selbst wurde bei seiner Errichtung ebenfalls von der öffentlichen Hand gefördert. Die erhaltenen Fördermittel werden als Sonderposten ausgewiesen, der analog der anfallenden Abschreibungen aufgelöst wird. Mit Ablauf der Nutzungsdauer sind die Abschreibungen und die Auflösung der entsprechenden Sonderposten seit dem Jahr 2020 weggefallen. Im Einzelfall werden spätere Modernisierungsmaßnahmen gefördert, zuletzt im Jahr 2017. Daneben wurden Förderbeträge für den Umbau der Strasse der Einheit 21 „Alte Fleischerei“ in eine Tourismusinformation / Firmenzentrale / Kurhaus und für die Planung der Generalsanierung des Kur- und Freizeitbades erhalten.

Fragenkreis 13: Eigenkapitalausstattung und Gewinnverwendung

- a) Bestehen Finanzierungsprobleme aufgrund einer evtl. zu niedrigen Eigenkapitalausstattung?**

Die Eigenkapitalausstattung führte im Berichtsjahr zu keinen Finanzierungsengpässen bei der Gesellschaft.

b) Ist der Gewinnverwendungsvorschlag (Ausschüttungspolitik, Rücklagenbildung) mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar?

Die BBK hat im Jahr 2023 einen Jahresüberschuss von T€ 777 erwirtschaftet, der in voller Höhe auf neue Rechnung vorgetragen werden soll. Der Vorschlag ist mit der wirtschaftlichen Lage des Unternehmens vereinbar.

Fragenkreis 14: Rentabilität/Wirtschaftlichkeit

a) Wie setzt sich das Betriebsergebnis des Unternehmens/Konzerns nach Segmenten/Konzernunternehmen zusammen?

Der Jahresüberschuss in Höhe von T€ 777 resultiert größtenteils aus dem Badebetrieb.

b) Ist das Jahresergebnis entscheidend von einmaligen Vorgängen geprägt?

Im Jahresergebnis 2023 sind außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen in Höhe von T€ 49,5 enthalten, die das Ergebnis jedoch nicht entscheidend prägen.

c) Haben sich Anhaltspunkte ergeben, dass wesentliche Kredit- oder andere Leistungsbeziehungen zwischen Konzerngesellschaften bzw. mit den Gesellschaftern eindeutig zu unangemessenen Konditionen vorgenommen werden?

Den Leistungsbeziehungen zwischen der BBK und der Stadt Bad Lausick liegen nach unseren im Rahmen einer Jahresabschlussprüfung zu treffenden Feststellungen übliche Konditionen zugrunde. Eine Angemessenheitsprüfung ist jedoch nicht Gegenstand einer handelsrechtlichen Abschlussprüfung.

d) Wurde die Konzessionsabgabe steuer- und preisrechtlich erwirtschaftet?

Entfällt, da die BBK keine Konzessionsabgabe zu entrichten hat.

Fragenkreis 15: Verlustbringende Geschäfte und ihre Ursachen

a) Gab es verlustbringende Geschäfte, die für die Vermögens- und Ertragslage von Bedeutung waren, und was waren die Ursachen der Verluste?

Im Geschäftsjahr 2023 waren keine einzelnen verlustbringenden Geschäfte zu verzeichnen, die für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft von Bedeutung waren.

b) Wurden Maßnahmen zeitnah ergriffen, um die Verluste zu begrenzen, und um welche Maßnahmen handelt es sich?

Alle Kosten wurden überprüft und mögliche Einsparpotentiale genutzt. Für Kostensteigerungen wurden Preiserhöhungen durchgeführt.

Fragenkreis 16: Ursachen des Jahresfehlbetrages und Maßnahmen zur Verbesserung der Ertragslage

a) Was sind die Ursachen des Jahresfehlbetrages?

Im Jahr 2023 wurde ein Jahresüberschuss von T€ 777 erwirtschaftet.

b) Welche Maßnahmen eingeleitet bzw. sind beabsichtigt, um die Ertragslage des Unternehmens zu verbessern?

Alle Aufwandpositionen werden regelmäßig kritisch betrachtet und hinsichtlich der Kostensenkungspotenziale untersucht.

BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH
Bad Lausick

Rechtliche, wirtschaftliche und steuerliche Verhältnisse

Rechtliche Verhältnisse

Firma: BBK Bad Lausicker Bauorganisations-, Betriebs- und Kur GmbH

Sitz: Bad Lausick

Handelsregister: Amtsgericht Leipzig HRB 8198

Gegenstand des Unternehmens: Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kurbades mit Erlebnisbereich sowie schrittweise Übernahme weiterer Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Kurbetrieb und Tourismus der Stadt Bad Lausick stehen.

Die Gesellschaft ist berechtigt, alle Geschäfte einzugehen, die geeignet sind, den Geschäftszweck der Gesellschaft zu fördern.

Die Gesellschaft darf ein anderes Unternehmen nur errichten, unterhalten, übernehmen oder sich daran beteiligen, wenn die § 96a Nr. 1, 2, 4-13 SächsGemO entsprechenden Regelungen im Gesellschaftsvertrag dieses Unternehmens enthalten sind, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat. Für bestehende Tochterunternehmen sind diese Regelungen in den Gesellschaftsvertrag aufzunehmen, sofern sie allein oder zusammen mit anderen Gesellschaftern, für die ebenfalls diese Verpflichtung besteht, eine zur Änderung des Gesellschaftsvertrages berechtigende Mehrheit der Anteile hat. Bei Beteiligungen ab der 3. Beteiligungsstufe (Enkelgesellschaften der Unternehmen der Gemeinde) kann die örtliche Prüfungseinrichtung von den in den Nummern 11 und 12 vorgesehenen Befugnissen nur Gebrauch machen, wenn die Gemeinde nicht innerhalb von 4 Wochen widerspricht.

Die Errichtung, Unterhaltung und die Übernahme von anderen Unternehmen und die Beteiligung an anderen Unternehmen bedarf der Zustimmung durch die Stadt Bad Lausick.

Gesellschaftsvertrag:	vom 19. Mai 1993, zuletzt geändert durch Beschluss vom 26. März 2019
Stammkapital:	€ 26.000,00, Alleingesellschafterin ist die Stadt Bad Lausick.
Geschäftsführung:	Einzelvertretungsberechtigte Geschäftsführerin ist Frau Annett Koza, Bad Lausick. Frau Koza ist von den Beschränkungen des § 181 HGB befreit.
Aufsichtsrat:	Herr Michael Hultsch, Bad Lausick, Bürgermeister (Vorsitzender) Herr Udo Goerke, Bad Lausick, Rechtsanwalt Herr Joachim Czichos, Bad Lausick, Geschäftsführer i. R. Herr Tim Barczynski, Bad Lausick, Schornsteinfeger Herr Josef Eisenmann, Bad Lausick, Bürgermeister i. R. Herr André Kipping, Bad Lausick, Werkleiter
Geschäftsjahr:	Kalenderjahr

Wirtschaftliche Verhältnisse

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Kurbades mit Erlebnisbereich sowie schrittweise Übernahme weiterer Aufgaben, die im Zusammenhang mit dem Kurbetrieb und Tourismus der Stadt Bad Lausick stehen.

Dazu betreibt sie das Kur- und Freizeitbad RIFF einschließlich Shop und Restaurationsbetrieb, die Kurverwaltung einschließlich Veranstaltungsmanagement und die Touristeninformation mit angegliedertem Reisebüro der Stadt Bad Lausick. Im nicht mehr aktiv betriebenen Geschäftsbereich „Bau“ werden noch einige wenige Verkaufsgrundstücke für die Stadtentwicklung im Bestand gehalten.

Wesentliche Verträge

a) Verträge mit der Gesellschafterin

Mit der Stadt Lausick bestehen Verträge über

- Die Erledigung von Aufgaben im Bereich der Kur und des sonstigen Fremdenverkehrs
- Durchführung von Werbung für die Stadt Bad Lausick
- Nutzung des Konzertpavillons „Schmetterling“
- Betrieb des Parks am Schwanenteich.

b) Verträge über die Lieferung von Fernwärme

Die Gesellschaft hat mit 25 Abnehmern Fernwärmelieferverträge abgeschlossen.

c) Lieferverträge für Erdgas

Der Erdgasbezug wird von der Gesellschaft durch langfristige Bezugsverträge abgesichert. Im Jahr 2015 erfolgte eine europaweite Ausschreibung für den Erdgasbezug der Jahre 2019 und 2020. Dem Bieter mit dem günstigsten Preis wurde der Zuschlag erteilt. Nachdem dieser jedoch Ende des Jahres 2018 in Insolvenz gegangen ist, wurde die wirtschaftlich günstigste Variante gewählt und der Vertrag mit dem bisherigen Anbieter verlängert, um wirtschaftlichen Schaden vom Unternehmen abzuwenden. Der Vertrag läuft bis zum 31. Dezember 2025. Aufgrund der Minderabnahmen bedingt durch die Badschließungen in Folge der Corona-Maßnahmen wurde der Vertrag im Jahr 2020 aktualisiert.

Mehrfjahresvergleich

Die Angaben sind den jeweiligen Bilanzen, der Gewinn- und Verlustrechnung sowie der Ertragsübersicht entnommen.

Kenngröße	Einheit	2023	2022	2021	2020	2019
Mitarbeiter im Durchschnitt o. GF	Anzahl	121	104	77	86	99
Umsatzerlöse	T€	6.766	5.246	2.766	3.227	5.202
- davon Kur - und Freizeitbad	T€	6.012	4.549	2.091	2.557	4.330
- davon Wärmeverkauf	T€	397	366	383	355	367
Besucher RIFF	Anzahl	297.500	259.406	129.537	168.063	311.811
Umsatzerlöse je Besucher RIFF	€	20,8	17,5	16,1	15,2	13,9
Gasbezugskosten	T€	590	489	422	374	480
Personaleinsatz	T€	2.979	2.372	1.621	1.994	2.300
Jahresergebnis	T€	777	777	-147	-140	342
Eigenkapitalquote ohne SoPo	%	53,1	54,7	66,0	65,5	60,6

Steuerliche Verhältnisse

Die Gesellschaft wird beim Finanzamt Grimma unter der Steuer-Nr. 238/106/01280 (Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Lohnsteuer) geführt.

Für das Jahr 2021 lagen die Bescheide für Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbesteuer vor. Bis zum Jahr 2020 wurde im Jahr 2022 eine steuerliche Außenprüfung mit geringfügigen Feststellungen durchgeführt und im Jahresabschluss verarbeitet.

Allgemeine Auftragsbedingungen

für Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2017

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies ausdrücklich vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

(1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

(1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

(2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags schriftlich darzustellen hat, ist alleine diese schriftliche Darstellung maßgebend. Entwürfe schriftlicher Darstellungen sind unverbindlich. Sofern nicht anders vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen, Unterlassen bzw. unrechtmäßiger Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt.

(3) Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

(4) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.

(5) Ein einzelner Schadensfall im Sinne von Abs. 2 ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlchem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(6) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden.

Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

(6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- d) die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

(7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.